53. JAHRGANG · NUMMER 1 · 10. MÄRZ · EUR 2,00

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ BELEGSCHAFT WEHRT SICH GEGEN PRIVATISIERUNG IM GESUNDHEITSWESEN

Streik bei CFM nach drei Monaten ausgesetzt

»Ich hatte einen Traum, es war kein schöner Traum. Es war ein Albtraum. Mir träumte, unser Streik sei komplett sinnlos gewesen. [...] *Wir hatten unseren Streik verloren und die Jahre gingen ins Land. Wir waren mutlos geworden und unsere Bosse ließen sich immer mehr einfallen, um uns auszunehmen. Die wirtschaftliche Situation hatte sich verschlechtert und uns wurde gesagt, dass wir für das große Ganze Opfer zu bringen hätten. Den Gürtel enger schnallen, hieß es. Einige von uns überlegten sich, den Gürtel anders zu gebrauchen.* [...] *Menschen, die dem Arbeitstempo nicht mehr folgen konnten, wurden einfach gefeuert. Denn der Kündigungsschutz hatte sich in Rauch aufgelöst.* [...] *Es gab zwar noch Gewerkschaften, aber sie hatten kaum noch Mitglieder, weil die Kollegen einfach zu große Angst hatten, sich zu organisieren.* [...]

Wir brauchen nicht viel Fantasie um uns vorzustellen, was mit uns geschehen wird, wenn wir uns nicht weiter wehren. Die Löhne werden immer weiter sinken, wir werden Jahr um Jahr ärmer. Die Arbeit wird uns kaum noch Kraft fürs Leben lassen. [...] *Wenn das in diesem Tempo weitergeht, nagen bald alle – die arbeiten müssen, um zu überleben – am Hungertuch. Eine kleine Schicht hingegen weiß bald nicht mehr, wohin mit dem vielen Geld. Eine Schicht, die sich immer ungenierter bereichert.* [...]

Wir haben beinahe ein Vierteljahr gestreikt. [...] Wir haben nicht nur gestreikt, damit wir endlich einen Tarifvertrag unterschreiben können. Wir haben für unsere Würde gestreikt. Wir haben gegen die große Angst gestreikt [...]. *Wir haben gestreikt, weil wir begriffen haben, dass wir uns nur selber helfen können. Wir waren solidarisch untereinander, wir sind solidarisch mit den Kollegen, die noch Angst haben – auch für sie haben wir gestreikt. Etwas haben wir dazugelernt. Mut ist ansteckend und, hat er sich einmal festgesetzt, so wird man ihn nicht mehr los.*

[...] *Wir gehen wieder an die Arbeit und werden unseren Kolleginnen und Kollegen erklären, wie das so ist mit einem Streik und dass es sich lohnt – sowohl finanziell als auch menschlich – für seine Interessen zu kämpfen. Im Ja-*

Arbeitskampf bei Pflegen und Wohnen

Kommentar zu den Streiks

ver.di als Streikbrecher bei Fraport

Zur Finan- und Euro-Krise

Nachruf: Roy Thalheimer (1921 – 2012)

nuar beginnen wir mit den Verhandlungen zu einem Tarifvertrag, das ist viel Arbeit und wird ziemlich anstrengend. Gleichzeitig werden wir unsere Betriebsgruppen verstärken und die Arbeiten in den verschiedenen Bereichen intensivieren. Aus diesem Streik gehen wir gestärkt hervor. [...]« (László Hubert, Tellerwäscher, Streikkurier Nr. 57)

So die Bilanz eines Kollegen nach 89 Streiktagen, in der er sich auch bei den zahlreichen UnterstützerInnen des Arbeitskampfes bedankte: beim Solidaritätskomitee, bei den zuständigen SekretärInnen von ver.di und bei den KollegInnen aus anderen Betrieben, Branchen und Gewerkschaften.

Im Arbeitskampf haben die Beteiligten eine Fülle gewerkschaftlicher Erfahrungen und politischer Erkenntnisse gewonnen. Wohl kaum jemand hatte sich zu Beginn vorstellen können, wie hartnäckig und lange sie diese Auseinandersetzung würden führen müssen. KollegInnen, die noch nie im Leben an einer Demonstration teilgenommen hatten, gingen im Verlauf des Streiks mehrmals in der Woche auf die Straße, verbündeten sich auf Kundgebungen mit der »Occupy-Bewegung«, blockierten das CFM-Lager in Siemensstadt und demonstrierten sowohl vor als auch im »Kulturkaufhaus Dussmann«.

Die Privatisierung der Krankenversorgung in Berlin

Nach der Wiedervereinigung wurden von 1998 bis 2003 die Universitätskliniken und die medizinische Forschung aus Ost- und Westberlin zur Charité zusammengefasst und in

Wir danken allen Lesern und Freunden, die die Herausgabe der »Informationsbriefe« im Jahr 2011 durch Abonnement und/oder Spenden unterstützt haben, ganz herzlich. Für **Spender und Förderabonnenten** liegt als Dank diesem ersten Heft in 2012 die Broschüre »Altenpflegerin schlägt Alarm. Über das Recht, Missstände anzuzeigen« bei, auf die wir auch auf diesem Wege politisch aufmerksam machen wollen.

Die Zeiten werden politisch und materiell nicht besser – deshalb: Für die Sicherung der weiteren Herausgabe der Informationsbriefe »Arbeiterpolitik« – gedruckt und im Internet – sind wir auf Spenden angewiesen:

GFSA e.V · Postbank Hamburg
Konto: 41 00 77-205 · BLZ 200 100 20

INHALT · Heft Nr. 1 / 10. März 2012 · Jg. 53

Hamburg: Streik bei Pflegen und Wohnen für einen Tarifvertrag 10
Die Gewerkschaften ringen um die Anerkennung als Sozialpartner 12
Buchbesprechung: Altenpflegerin schlägt Alarm 15
Streikbruch von ver.di bei Fraport 16
Einige Gesichtspunkte zur Diskussion um die »Griechenland-Rettung« 17
Zur Diskussion: Zwei Beiträge zur Finanz- und Euro-Krise. 18
Nachruf: Roy Thalheimer (1921 – 2012) 24

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die privaten Investoren der CFM

1. Die **Dussmann-Gruppe** (www.dussmann.com/de), mit weltweit über 53.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 955 Millionen Euro. Dussmann ist auch in der Altenpflege aktiv. Sein Tochterunternehmen *»Kursana ist der führende private Dienstleister im Bereich der professionellen Seniorenpflege und -betreuung auf dem deutschen Markt. In derzeit 117 Domizilen und Residenzen pflegt und betreut Kursana 13.600 Senioren.«* (Kursana-Homepage, www.kursana.de)
2. **VAMED** (www.vamed.de/home), ebenfalls ein weltweit operierender Dienstleister mit über 700 Millionen Euro Umsatz und über 3.000 Beschäftigten. Die VAMED gehört mehrheitlich zum Gesundheitskonzern Fresenius (www.fresenius.de), zu dem u.a. auch die Helios Kliniken Gruppe (www.helios-kliniken.de) mit über 60 Privatkliniken gehört.
3. **Hellmann worldwide logistics** (www.hellmann.de), mit fast 10.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 2,65 Milliarden Euro, verfügt über 221 Niederlassungen in 48 Ländern.

eine private Rechtsform überführt. Alleiniger Eigentümer ist das Land Berlin. Ähnlich verfuhr der Senat übrigens auch mit den acht städtischen Krankenhäusern, die er unter dem Dach eines Konzerns (Vivantes) zusammenführte. Zweck der Zusammenschlüsse: Der Senat konnte sowohl in der stationären Krankenversorgung als auch in der universitären Forschung einsparen. *»Mitte 2003 wurde die Berliner Hochschulmedizin erneut umstrukturiert: Es kam zur Fusion der Charité mit der medizinischen Fakultät der Freien Universität Berlin. Die Entscheidung erwuchs hauptsächlich aus der angespannten Haushaltslage des Landes Berlin, das der fusionierten Charité eine Einsparvorgabe für das Budget für Forschung und Lehre in Höhe von 98 Mio. Euro mit auf den Weg gab.«* (Wikipedia)

Mit der Charité entstand die größte europäische Universitätsklinik, ausgestattet mit modernster Technik und mit medizinischer Forschung auf Spitzenebene. Den Spitzenplatz sicherte sich die Charité angesichts der Sparmaßnahmen des Senats und der Kostenreduzierung für pflegerische und medizinische Leistungen durch die Krankenkassen zu Lasten der Beschäftigten. Mit welchen Methoden, das belegt eindrucksvoll die Geschichte der Charité Facility Management GmbH (CFM).

Im Jahre 2006 gliederte die Charité alle »nichtmedizinischen« und »nichtpflegerischen« Leistungen in die CFM aus und machte diesen Bereich auch für große private Investoren attraktiv. 51 Prozent der Gesellschaftsanteile hält die Charité (also der Senat), die restlichen 49 Prozent verteilen sich auf das private Konsortium VDH (VAMED, Dussmann und Hellmann). *»Der Vertrag, der zwischen der Charité und dem Konsortium VDH geschlossen wurde, umfasst ca. 37 Ordner und befindet sich in einem Datenraum der CFM, mit begrenzten Zugangsberechtigungen.«* (Schwarzbuch CFM) Der 51-Prozent-Anteil der Charité soll nicht etwa den Einfluss des Senats absichern. Er verschafft der Gesellschaft die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts und befreit sie von der Umsatzsteuer. Im Aufsichtsrat stellen die privaten Investoren die Mehrheit. In den ersten fünf Jahren seit Bestehen der CFM konnte die Charité nach Angaben des damaligen Senators Zöllner (Wissenschaft und Bildung) 168 Millionen Euro einsparen. Auf dem Rücken der Beschäftigten wurden nicht nur die Sparvorgaben des Senats umgesetzt, sondern auch noch die Renditen der privaten Investoren erwirtschaftet.

Arbeitshetze und Niedriglöhne – die tariffreie Zone CFM

»Vor der Gründung der CFM hatten 2,5 Reinigungskräfte acht Stunden Zeit, um eine Station zu reinigen. Das sind 16 bis 18 Patientenzimmer inklusive Bad und Toilette, die Gänge, Treppen und Behandlungsräume. Heute muss eine einzige Kraft dieses Pensum in nur sechs bis sieben Stunden bewältigen.« (ver.di-Flugblatt)

Die Umfrageaktion der ver.di-Betriebsgruppe zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen (abgedruckt im Schwarzbuch über CFM) ergab folgendes Bild: *»Innerhalb desselben Tätigkeitsbereiches liegen die Lohnunterschiede immerhin bei bis zu 107 Prozent, so zum Beispiel zwischen 1.450 und 2.200 Euro im RLT (Raum, Luft, Technik), zwischen 1.400 und 2.900 Euro im VT (Versorgung, Technik), zwischen 955 und 1.400 Euro im SET (Sicherheit, Empfang, Telefondienst). Fast alle Befragten haben Probleme im Rahmen ihrer Arbeit angeführt. Dazu gehören:*

- *hoher Arbeitsdruck (59 Prozent)*
- *Personalmangel (75 Prozent)*
- *MitarbeiterInnen gehen krank zur Arbeit (39 Prozent)*
- *arbeitsbedingte gesundheitliche Probleme (42,5 Prozent)*
- *MitarbeiterInnen können ihre Pausen nicht nehmen (16 Prozent)*
- *Bossing/Mobbing (11,5 Prozent)«*

Die niedrige Bezahlung vor allem im Bereich des Sicherheitsdienstes und die Teilzeitbeschäftigung hatten zur Folge, dass zahlreiche KollegInnen von ihrem Lohn nicht leben konnten und zu den Hartz-IV-Aufstockern gehörten. Die Stundenlöhne lagen teilweise erheblich unter den 7,50 Euro, die der damalige rot-rote Senat als Vergaberichtlinie für öffentliche Aufträge beschlossen hatte.

Tarifforderungen der CFM-Beschäftigten:

- Erhöhung der individuellen Entgelte um 168 Euro/Monat als erster Schritt zu fairen Löhnen
- Einheitliche wöchentliche Arbeitszeit von 39 Stunden (Besitzstandswahrung für Beschäftigte mit 38 bzw. 38,5 Wochenstunden)
- Einführung und Definition von Arbeitszeitmodellen, die transparent und vor dem Hintergrund des Anspruchs »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« auch gelebt werden können
- 30 Tage Erholungsurlaub
- Einheitliche Regelungen für Sonderformen der Arbeit (u.a. Schichtarbeit, Bereitschaftsdienst) und entsprechender Ausgleich in Form von Zuschlägen, Zulagen, Freizeitausgleich
- Zusatzurlaub bei Wechselschicht- und Schichtarbeit
- Entgeltfortzahlung für alle Beschäftigten bis zum Ablauf der sechsten Krankheitswoche sowie anschließende Zahlung von Krankengeldzuschuss
- Einheitliche Entgelttabelle
- Einführung einer Jahressonderzahlung
- Einführung von Entgeltumwandlung oder anderen betrieblichen Altersversorgungen
- Längere Kündigungsfristen für den Arbeitgeber
- Eingruppierungs-/Entgeltordnung

Betriebliche Ausgangsbedingungen für die gewerkschaftliche Mobilisierung

Widerstand, der die Ausgliederung selbst in Frage stellen konnte, gab es in den Jahren 2005/2006 weder von der Belegschaft noch von den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften ver.di, IG BAU und die dem Deutschen Beamtenbund (DBB) angehörige Gewerkschaft Kommunaler Landesdienst (GKL). Immerhin konnten die Beschäftigten der Charité, die in die CFM wechseln sollten, durchsetzen, dass ihr Beschäftigungsverhältnis bestehen blieb. Sie arbeiten seither bei der CFM als »Gestellte« (als Leiharbeiter) und werden mit den bei der Charité üblichen tariflichen Leistungen entlohnt.

Nicht nur die Spaltung zwischen der Stammbelegschaft in der Charité und den ausgegliederten CFM-Beschäftigten erschweren den gewerkschaftlichen Widerstand. Die CFM-Belegschaft ist eine bunt zusammen gewürfelte Mannschaft. So unterschiedlich wie die Entlohnung sind auch die übrigen Bedingungen in den Arbeitsverträgen geregelt. Wie schon gesagt, etwa ein Drittel der CFM-Mitarbeiter sind Gestellte, die noch nach den Bedingungen der Charité entlohnt werden und nicht unmittelbar von einem Tarifvertrag für die CFM profitieren. Nur wenige von ihnen waren bereit, dem Aufruf zum Streik bzw. Solidaritätsstreik zu folgen. Andere CFM-Beschäftigte wechselten, meist per Aufhebungsvertrag, von kleinen Dienstleistern, die bisher schon für die Charité tätig waren, in die Charité-Tochter oder wurden völlig neu eingestellt. Ein Fünftel der Beschäftigten hat ein befristetes Arbeitsverhältnis. Die Hoffnung auf eine mögliche spätere Festeinstellung hält die Mehrheit der Befristeten von der Teilnahme an gewerkschaftlichen Aktivitäten ab. Dementsprechend niedrig war der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei der CFM, er konnte im letzten Jahr vor dem Streikbeginn von 12 nur auf etwa 20 Prozent erhöht werden.

Es waren anfangs nur wenige AktivistInnen, die in den vergangenen fünf Jahren durch mühsame, tägliche Kleinarbeit gewerkschaftliche Strukturen aufbauten und damit die Voraussetzung zur Aufnahme der Tarifauseinandersetzung schufen. Im Januar 2009 wurde die Geschäftsleitung der CFM erstmals zur Aufnahme von Tarifverhandlungen aufgefordert. Sie erklärte in drei Sondierungsgesprächen, dass sie keine Notwendigkeit sehe, einen Tarifvertrag zu schließen. Nach erneuten Gesprächen im Dezember 2010/Januar 2011 übergab die Geschäftsführung eine schriftliche Stellungnahme zum Forderungspaket (siehe Kasten). Aussage: Es werde kein großer Handlungsbedarf in Sachen Tarifvertrag gesehen, da der größte Teil individualrechtlich oder in Betriebsvereinbarungen geregelt sei.

Gemeinsame Streikaktionen bei Charité und CFM

Zu Beginn des Jahres 2011 standen auch für die Pflegekräfte der Charité Tarifverhandlungen an. Ver.di forderte eine Erhöhung des Lohnes um 300 Euro. Damit sollten die Beschäftigten der Charité wieder an die nach dem Flächentarifvertrag übliche Bezahlung herangeführt werden und die Lohnverluste der vergangenen Jahre ausgeglichen werden. Der Tarifkonflikt an der Charité bildete neben der jahrelangen gewerkschaftlichen Kleinarbeit bei CFM eine weitere Voraussetzung, um aktiv in die Auseinandersetzung gehen zu können.

Am 15. März 2011 gab es einen gemeinsamen Warnstreik. 2.000 KollegInnen an den drei Charité-Standorten nahmen daran teil. Jeweils über 90 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder sprachen sich in den folgenden Urabstimmungen für Kampfmaßnahmen aus. Ab dem 2. Mai gingen beide Belegschaften in den Ausstand. Die zeitgleiche Aufnahme von Kampfmaßnahmen in zwei formal getrennten Tarifrunden verlieh dem Streik die nötige Anschubkraft und machte vor allem den CFM-Beschäftigten Mut, da sie nicht allein standen.

Die Auswirkungen auf den Klinikbetrieb waren rasch zu spüren. Operationen mussten abgesagt, Betten konnten nicht mehr belegt werden. Nach fünf Tagen reagierte die Geschäftsführung. Sie unterbreitete den Charité-Beschäftigten ein Angebot, mit dem sie den Forderungen weitgehend entgegenkam, beispielsweise eine stufenweise Erhöhung der Löhne um 300 Euro. Neben den betrieblichen und finanziellen Wirkungen des Streiks dürfte eine weitere Überlegung die Geschäftsführung zum Nachgeben veranlasst haben. Es kann nicht in ihrem Interesse liegen, die Verbundenheit zwischen den ausgegliederten und den Stammbeschäftigten durch einen länger dauernden, gemeinsamen Streik zu stärken. Die Vorstände von CFM und

Charité hatten wohl auch die Einschätzung, dass die Beschäftigten der CFM auf sich allein gestellt ihren Arbeitskampf nicht lange durchhalten würden.

Ähnliche Überlegungen – aber aus entgegengesetzter Interessenlage – flossen in die Diskussion über das Für und Wider des Angebots auf der Streikversammlung ein. Lassen wir die CFM-KollegInnen nicht im Regen stehen, wenn wir annehmen und den Streik beenden? Die Tarifkommission an der Charité und eine breite Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder stimmten schließlich für eine Annahme und die Beendigung des Arbeitskampfes. Die CFM-Belegschaft musste die Auseinandersetzung alleine fortführen. Doch das Kalkül der Geschäftsleitung ging nicht auf. Die Woche des gemeinsamen Kampfes, die täglich zunehmenden Einschränkungen im Klinikbetrieb hatten die Streikbeteiligung bei der CFM kontinuierlich anwachsen lassen. Die Streikfront konnte auch in der kommenden Woche aufrechterhalten werden. Dennoch, es blieb eine Minderheit der Belegschaft, zwischen 250 und 300 KollegInnen, die sich an dem monatelangen Arbeitskampf beteiligen sollten.

Am 14. Mai wurde der Streik zunächst beendet. Auf einer Kundgebung vor dem SPD-Parteitag hatte der Bildungssenator Zöllner den Streikenden die Zusicherung gegeben, sich für die Aufnahme von Tarifverhandlungen einzusetzen. Dies war offensichtlich mit der CFM-Leitung abgestimmt, die sich der Aufnahme von Tarifverhandlungen nicht mehr verweigerte. Die Verhandlungen begannen am 31. Mai und zogen sich bis zum 31. August hin. Wie sich herausstellte, war die Verhandlungsbereitschaft nur die übliche Hinhaltetaktik. Ernsthafte Angebote wurden seitens der Geschäftsführung nicht gemacht. *»Vor allem sieht das Angebot in nur vier von 18 Leistungsbereichen überhaupt gewisse Verbesserungen vor. Die Tarifkommission von ver.di und dbb/gkl bezeichnet das als ‚Rosinenpickerei'.«* (Schwarzbuch CFM) Die CFM-Leitung hatte die Zeit genutzt, um sich auf die kommende Auseinandersetzung vorzubereiten, wie sich nach Wiederaufnahme des Arbeitskampfes herausstellen sollte. Die Verhandlungen wurden von den Gewerkschaften am 31. August für gescheitert erklärt und eine erneute Urabstimmung vom 5. bis 7. September zur Einleitung des Erzwingungsstreiks eingeleitet.

Solidaritätskomitee und Gewerkschaften im CFM-Streik – die IG BAU propagiert den Streikbruch

Neben der Spaltung zwischen Stamm- und ausgegliederter Belegschaft und der Zersplitterung innerhalb der CFM – in Gestellte, in Beschäftigte mit befristeter und fester Einstellung etc. – erwies sich die Haltung der IG BAU als ein weiteres Hindernis bei der Organisierung der Streikfront. Sie lehnte nicht nur eine Beteiligung am Arbeitskampf ab, sondern rief ihre Mitglieder zum Streikruch auf. Der Arbeitskampf sei illegal, so ihre Begründung. Hinter dieser Behauptung verbergen sich organisationspolitische Eigeninteressen. Die IG BAU strebt gar keinen einheitlichen Tarifvertrag für die CFM an. Sie will nur ihre Klientel, die CFM-Reinigungskräfte, unter den entsprechenden Flächentarif der IG BAU bringen.

Auf Kosten eines einheitlichen Tarifes für die Belegschaft und in Konkurrenz zu anderen Gewerkschaften soll so der eigene Mitgliederbestand als finanzielle Basis des Gewerkschaftsapparates gesichert werden. Für die IG BAU zahlte sich der Streikbruch nicht aus. Zahlreiche Mitglieder traten zu ver.di oder zur GKL über. Trotzdem trug das Verhalten zu zusätzlichen Unsicherheiten und Ängsten in der Belegschaft bei.

Zusammen mit der GKL bildete ver.di eine Tarifunion. Dabei zogen die KollegInnen und die für den Streik zuständigen Gewerkschaftssekretäre an einem Strang. Vor allem die ver.di-Verhandlungsführerin, Sylvi Krisch, fand durch ihr unermüdliches Engagement viel Anerkennung bei den Beschäftigten. Offene Widersprüche zu den gewerkschaftlichen Vorständen und Apparaten traten im Verlauf der Auseinandersetzung nicht zu Tage. Die CFM-Beschäftigten kämpften und kämpfen für eine spürbare Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, für die Gewerkschaften geht es um die Anerkennung als Sozialpartner durch den Abschluss eines Tarifvertrages. Die Interessen der Streikenden und der gewerkschaftlichen Vorstände und Apparate deckten sich an diesem Punkt.

Trotz des persönlichen Engagements der zuständigen Funktionäre wurden im Verlauf des Arbeitskampfes die personellen und inhaltlichen Schwächen der Gewerkschaften sichtbar. Der dreimonatige Streik wäre ohne das Engagement des Solikomitees kaum so zu organisieren gewesen. Zahlreiche SAV-Mitglieder, die sich dort zusammengefunden hatten, waren im Streik täglich vor Ort. Sie packten praktisch mit an, brachten ihre organisatorischen Erfahrungen und Fähigkeiten ein und beteiligten sich an den gewerkschaftlichen und politischen Diskussionen. Kurz gesagt, sie nahmen auch gewerkschaftliche Aufgaben wahr, denen die Gewerkschaften selbst nicht nachkommen konnten. Drei Mitglieder des Komitees wurden deshalb in die Streikleitung aufgenommen.

Die ver.di-Strukturen gleichen eher einem Beamtenapparat zur Betreuung und Verwaltung einer überwiegend (noch) passiven Mitgliedschaft – gegliedert in 13 zuständige Fachbereiche und noch mehr Fachgruppen. Eine Vermittlung oder Diskussion der gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung des CFM-Streiks gab es in ver.di offensichtlich nicht. Eine gewerkschaftliche Strategie oder Taktik, wie der Arbeitskampf erfolgreich geführt werden könne, war weder auf der Fachbereichs-, Landes- oder Bundesebene erkennbar. Alle Anregungen und Vorschläge, die dem Arbeitskampf mehr Schwung und Durchschlagskraft verleihen sollten, kamen von unten: aus den Streikversammlungen, der Streikleitung oder dem Solikomitee. Sie wurden, trafen sie die Stimmung und das Bedürfnis, von den CFM-KollegInnen aufgegriffen und umgesetzt.

Gleiches gilt für die überbetriebliche Unterstützung und Mobilisierung. Es waren die wenigen kritischen KollegInnen an der Basis anderer Fachbereiche und in anderen Gewerkschaften, die dafür sorgten, dass entsprechende Bitten und Anfragen der CFM-Streikleitung oder des Solidaritätskomitees auch umgesetzt wurden. Oder sie brachten selbst Vorschläge für eine gewerkschaftsübergreifende Diskussion und Mobilisierung ein.

Gewerkschaftliche Perspektiven

Auch wenn es in den Verhandlungen zunächst um den Abschluss eines Tarifvertrages ging, die Ausgliederung wurde zu einem wichtigen Thema sowohl im Arbeitskampf als auch in der öffentlichen Darstellung und Mobilisierung. Die ver.di-Betriebsgruppen an der Charité und bei CFM, die Streikleitung und das Solikomitee wiesen immer wieder auf die Ausgliederung als eine Ursache für Niedriglöhne und Arbeitshetze hin. Sie verknüpften den aktuellen Tarifkonflikt mit der politischen Forderung nach einer Wiedereingliederung der CFM in die Charité. Die Durchsetzung eines Tarifvertrages soll ein erster Schritt auf dem Weg dahin sein. Die Betriebsgruppenarbeit erhält mit dieser Zielsetzung eine gewerkschaftspolitische Perspektive, die über die Regelung von Sozial-, Tarif- und Arbeitsrechtsfragen und über die übliche Routine der Arbeit in den Betriebsräten hinausweist.

Auch an diesem Punkt unterschied sich der Arbeitskampf bei CFM deutlich von der Haltung, mit der die deutschen Gewerkschaften ihr Tagesgeschäft betreiben. Auch wenn die Gewerkschaftsvorstände in der Öffentlichkeit politische und unternehmerische Entscheidungen moralisch anklagen, deren Legitimität selbst stellen sie nicht in Frage. Sie beschränken sich in der Regel darauf, die Folgen politischer und/oder unternehmerischer Entscheidungen tariflich zu regeln – mit immer weniger Erfolg und sinkendem gesellschaftlichen Einfluss.

Wie schwierig es werden würde, auch nur dem Etappenziel, einem Tarifvertrag, näher zu kommen, sollte sich in den kommenden Monaten des Arbeitskampfes herausstellen. Das traditionelle gewerkschaftliche Mittel, die Verweigerung der Arbeitskraft, reichte allein nicht, um einen Durchbruch zu erzwingen.

Der CFM-Streik – ein politischer Lernprozess

Am 12. September begann der Erzwingungsstreik unter denkbar schweren Ausgangsbedingungen. Die streikenden CFM'ler – wie gesagt, eine Minderheit in der Belegschaft – hatten nicht nur drei international agierende Konzerne zum Gegner, sondern auch den Berliner Senat. Die Geschäftsführung von CFM hatte die dreimonatige Verhandlungspause genutzt, um sich auf den Arbeitskampf vorzubereiten. Leiharbeiter, manchmal zwei oder drei für eine ausfallende Arbeitskraft, sollten als Streikbrecher die Auswirkungen des Ausstandes auffangen. So gelang es der CFM den Krankenhaus- und Klinikbetrieb an der Charité ohne gravierende Störungen aufrecht zu erhalten. Über den Druck der Vorgesetzten sollten die CFM-MitarbeiterInnen von einer Streikbeteiligung abgehalten und die Streikenden an der Kontaktaufnahme mit ihren arbeitenden KollegInnen gehindert werden. Dem diente auch der Einsatz einer privaten Sicherheitsfirma. Ihre Aufgabe: die Beseitigung/der Abriss von Streikaufrufen, Plakaten, Gewerkschaftsfahnen und die Einschüchterung von Streikteilnehmern. Die wurden, sobald sie das Gelände der Charité betraten, vom privaten Wachpersonal auf Schritt und Tritt begleitet. Die Wachschützer erweckten den Eindruck, als wären sie von der Disco- und Türsteherszene angeheuert. Zum Bumerang für die Geschäftsführung wurde deren Einsatz, als sich herausstellte, dass sich unter ihnen tatsächlich Mitglieder der »Hells Angels« befanden. Das sorgte für Schlagzeilen in den Lokalmedien. *»Echt krank! Die Charité nimmt Hells Angels als Streikbrecher«*, titelte der »Berliner Kurier«.

Neben diesen Einschüchterungsversuchen setzte der CFM-Vorstand darauf, den Streik aushungern zu können. Über zehn Wochen lang gab es kein Signal des Einlenkens. Mit einer Vielzahl von Aktionen, die im Verlauf des Arbeitskampfes ständig zunahmen, versuchten die KollegInnen die Öffentlichkeit zu informieren und zu mobilisieren. Es würde den Rahmen eines Artikels sprengen, alle Aktionen zu beschreiben. (Wer sich ausführlicher informieren will, dem sei die Internetseite des CFM-Solikomitees empfohlen. Dort findet ihr alle Flugblätter, Streikkuriere etc. unter www.cfmsolikomitee.wordpress.com) Im Folgenden werden nur die wichtigsten Aktionen benannt.

Für alle Beschäftigten präsent bleiben und Sand ins Getriebe streuen

Die Bedingungen an der Charité stellten an die Organisation des Arbeitskampfes besondere Anforderungen. Ein Krankenhaus mit Patienten- und Publikumsverkehr lässt sich nicht wie ein Betrieb mit Streikposten quasi abriegeln. Zudem gibt es drei Standorte. Um den Zusammenhalt der 300 Streikenden zu stärken und trotzdem überall präsent zu sein, rotierte das Streiklokal zwischen den einzelnen Standorten. Das war auch deshalb wichtig, um für die arbeitenden Beschäftigten bei der CFM und an der Charité präsent zu bleiben. Es gelang durch den Besuch und durch Gespräche in den Abteilungen, einzelne Kolleginnen und Kollegen noch zur Teilnahme am Streik zu bewegen. Zu den betrieblichen Aktivitäten gehörten auch kurze Blockaden des CFM-Lagers (bis zu vier Stunden). Es befindet sich auf dem Siemens-Firmengelände in Siemensstadt. Ergänzt wurden diese Blockadeaktionen durch die kurzfristige Sperrung von Zufahrten für Lieferfahrzeuge an den Charité-Standorten. Es gelang zwar nicht, den Betriebsablauf entscheidend zu behindern, aber doch »Sand ins Getriebe zu streuen«. Die kleinen Störungen im Betriebsablauf – seien es sich stapelnde Müllsäcke oder der Ausfall von Besuchertoiletten – hoben die Moral der im Ausstand stehenden Beschäftigten und zeigten den Weiterarbeitenden: Die Streikfront steht noch.

Die Streikenden ließen es sich nicht nehmen, das jährlich stattfindende Mitarbeiter-Fest der Charité auf dem Campus Virchow zu besuchen. Durch Redebeiträge, Sprechchöre und Trillerpfeifen machten sie dem Veranstalter und den Besuchern deutlich: Der Tarifkonflikt ist nicht beigelegt. Dem diente auch die Mahnwache vor dem Büro der Geschäftsführung. Auch der Streikbruch blieb nicht unbeantwortet. Die Leiharbeitsfirmen, die ihre Arbeitskräfte der CFM zum Unterlaufen des Ausstandes zu Verfügung stellten, bekamen Besuch. Auf Kundgebungen vor deren Firmensitzen wurde darauf hingewiesen, dass nach dem geltenden Tarifvertrag zwischen Leiharbeitsfirmen und dem DGB die Bereitstellung von Streikbrechern nicht zulässig ist.

Gegenseitige Unterstützung im Arbeitskampf

Ein fester Verbündeter im Arbeitskampf waren die KollegInnen der Alpenland-Altenpflegeheime aus dem Ostteil

Berlins. Sie waren schon zwei Wochen im Ausstand, als der CFM-Streik begann. Ihre Forderung: eine Angleichung der Löhne auf das im Westen der Stadt gezahlte Niveau. Gemeinsam wollten beide Belegschaften Tarifmauern niederreißen – die zwischen Ost und West und die innerhalb der Charité. 90 Tage dauerte der Ausstand bei Alpenland. Die gemeinsame Streikzeit führte zu einer engen Kooperation: durch die Teilnahme am Solikomitee, durch gegenseitige Besuche, durch gemeinsam organisierte Versammlungen und Demonstrationen.

Als die streikenden KollegInnen der Prinovis-Druckerei aus Nürnberg eine Demonstration in Berlin mit abschließender Kundgebung vor der Bertelsmann-Konzenzentrale ankündigten war für die CFM- und Alpenland-Beschäftigten klar: Daran werden wir uns beteiligen. So können wir die Drucker aus Nürnberg unterstützen und unser eigenes Anliegen vortragen. Eines wurde durch die Redebeiträge auf der Kundgebung deutlich: Die Methoden der Konzernleitungen zur Schaffung eines Niedriglohnsektors und zur Abwehr tariflicher Standards gleichen sich, ob nun im Krankenhaus oder in der Medien- und Druckbranche. Wir haben gemeinsame Interessen über betriebliche und Branchegrenzen hinaus.

Der Streikkurier berichtet:

Flashmob bei Dussmann

Mehr als 150 KollegInnen starteten gestern Vormittag eine große Aktion im Kulturkaufhaus Dussmann. Auf ein Pfeifsignal begannen verschiedene Aktionen. Im Erdgeschoss setzten sich KollegInnen auf den Boden, lasen das »Schwarzbuch CFM« und blockierten so die Gänge zwischen den Regalen. Andere KollegInnen verteilten inzwischen Flugblätter in Bücher, Schallplatten und Regale, wo sie noch lange zu finden sein werden. Kurz nach Beginn regnete es Protestschnipsel in den überdachten Innenhof des Gebäudes und diese verteilten sich über Tische, Bücher und Verkaufsfläche des Erdgeschosses. Während der ganzen Aktion wurde in Sprechchören *»Tarifvertrag jetzt«* und *»Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Löhne klaut«*, gerufen.

Hausverbot für Gewerkschafter

Kollege: *»Warum darf ich nicht rein?«*
Security: *»Das ist eine Demonstration. Die darf hier nicht rein.«*
Kollege: *»Ich will ein Buch kaufen.«*
Security: *»Mit der Kleidung* (auf die gelbe ver.di-Weste deutend) *kommen Sie hier nicht rein. Sie kommen nur rein, wenn sie die Weste ausziehen.«*
Kollege (an den Schlipsträger gerichtet): *»Gibt es eine Kleiderordnung für Kunden bei Dussmann? Was passt Ihnen denn an meiner Kleidung nicht?«*
Security: *»Der Button hier« (zeigt auf den ver.di-Button mit der Aufschrift »Tarifvertrag jetzt«)*
Kollege: *»Sie wollen mir also sagen, dass Gewerkschafter bei Dussmann nicht einkaufen dürfen? Das steht aber morgen in der Zeitung. Wie heißen Sie eigentlich?«*
Schlipsträger schwitzt und schweigt.
Kollege: »Sie wollen mir Ihren Namen nicht nennen, aber Hausverbot erteilen. Wie soll das denn möglich sein?«

Auf einer Kundgebung vor der Charité-Aufsichtsratssitzung beteiligten sich neben den CFM-Beschäftigten auch einige dutzend PsychologInnen in Ausbildung (PiA). Die hatten zum ersten Mal zu einer bundesweiten Streikwoche aufgerufen. Die PsychologInnen müssen zum Abschluss ihres Studiums ein 18-monatiges Praktikum absolvieren. Die Bezahlung ist weder gesetzlich noch tariflich geregelt. Das nutzen die »Arbeitgeber« aus. Durch die Beschäftigung von PiA-Kräften werden reguläre Stellen und immense Lohnkosten eingespart. Teilweise wird ein Taschengeld bezahlt (in den Krankenhäusern von Vivantes 200 Euro), die Charité zahlt den PsychologInnen überhaupt nichts.

Die überbetriebliche Solidarität

Nach Anlaufschwierigkeiten kam auch die betriebsübergreifende gewerkschaftliche Solidarität in Schwung. Dazu zählten zwei Demonstrationen, zu denen das Solikomitee und der ver.di-Fachbereich aufgerufen und an denen sich jeweils mehrere hundert Teilnehmer aus weiteren Fachbereichen und aus anderen Gewerkschaften beteiligten.

Bisher einmalig war die Flugblattaktion bei der BVG. Die gewerkschaftlichen Vertrauenslaute des Berliner Nahverkehrs verteilten Zehntausende von Flugblättern an ihre KollegInnen und an die Fahrgäste in Bussen, Straßen- und U-Bahnen. Einen solchen Einsatz für kämpfende Beschäftigte aus anderen Fachbereichen hat es bei der BVG noch nie gegeben. Die sozialpartnerschaftlichen Strukturen waren und sind bei der BVG besonders stark ausgeprägt. Sie entstammen den Zeiten der engen Verfilzung zwischen Senat, Management der Nahverkehrsbetriebe und alter ÖTV. Auch bei der S-Bahn verbreiteten Lokführer an ihren Meldestellen und in den Zügen die Informationen über den Arbeitskampf an der Charité.

Nach zwei Monaten im Arbeitskampf organisierten das Solikomitee und die Streikleitung eine offene Streikversammlung. Das Ziel: Der Durchhaltewille sollte gestärkt werden. *»Über 350 Kolleginnen und Kollegen waren gekommen. Neben uns Streikenden von der CFM waren darunter streikende Alpenland-KollegInnen, über 30 IG-Metall-Mitglieder, GewerkschafterInnen von der Charité, der Telekom, der S-Bahn, den Bosch-Siemens-Hausgeräten, von Otis, Siemens, CNH (ehemals O&K), der BVG, der Post, der Landesverwaltung Berlin, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Studierende und SchülerInnen.«* (Streikkurier Nr. 37) Das Ziel wurde erreicht. Eingerahmt von einem politischen Kulturprogramm wurden zahlreiche Solidaritätsbotschaften aus anderen Belegschaften verlesen und über Ausbeutungsmethoden und Arbeitsbedingungen dort berichtet. Besonders beeindruckend war es, wenn über die eigenen Erfahrungen aus Arbeitskämpfen berichtet wurde, beispielsweise durch zwei Kollegen von Orenstein & Koppel. Das regte an und machte Mut.

Die Praktiken der privater Investoren öffentlich machen

Für öffentlichkeitswirksame Aktionen bot sich in Berlin der CFM-Investor Dussmann an. Der Konzern betreibt in der Friedrichstraße ein »Kulturkaufhaus« und pflegt sein Image als künstlerisch und sozial engagiertes Unternehmen. Oft mehrmals in der Woche besuchten Streikende, SympathisantInnen und UnterstützerInnen das Kaufhaus: um Flugblätter zu verteilen, um auf Kundgebungen zur Solidarität aufzurufen oder um mit Flashmobaktionen auf die Dussmann-Praktiken aufmerksam zu machen (siehe Kasten). Die Geschäftsleitung reagierte zunehmend genervt – mit Hausverboten und Polizeischutz.

Neben Dussmann wurden auch die Firmensitze der beiden anderen CFM-Investoren aufgesucht. Die KollegInnen organisierten beispielsweise eine Fahrt nach Hamburg. Dort blockierten sie für kurze Zeit die Zufahrt zum Hellmann-Firmengelände im Hafen. Anschließendend informierten sie auf einer Kundgebung vor dem Universitätsklinikum Eppendorf deren Beschäftigte über den Arbeitskampf an der Berliner Universitätsklinik.

Den Politikern auf die Pelle rücken

Der Ausstand begann in der Endphase des Berliner Wahlkampfes. Es lag also nahe, ihn zu nutzen um politischen Druck auf die parlamentarischen Parteien auszuüben.

Der Wirtschaftssenator Wolf nahm auf einer Wahlkundgebung der Linkspartei geschickt das Anliegen der anwesenden CFM-Beschäftigten auf. Die SPD sei verantwortlich für die Missstände an der Charité. Ihre Initiativen zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen hätte der große Koalitionspartner stets abgeblockt. Warum die Linkspartei dabei mitgespielt hatte, fragten sich dabei viele der anwesenden Streikteilnehmer. Darauf ging der Wirtschaftssenator nicht ein.

Der große Koalitionspartner, der Regierende Bürgermeister, zeigte sich wenig beeindruckt von den Protesten. Von Streikenden bei einem Besuch an der Charité gestellt ließ sich Wowereit auf keine lange Debatte ein. Er bestritt, dass bei CFM Löhne von unter 7,50 Euro bezahlt werden und entschwand in das Gebäude der Charité.

Während der Koalitionsverhandlungen zur Senatsbildung gab es zwei Demonstrationen zum Roten Rathaus. Auch die Berliner SPD-Zentrale in der Weddinger Müllerstraße besuchten die CFM'ler und hielten sie kurzzeitig besetzt. Eine rund um die Uhr besetzte Mahnwache wurde später vor dem SPD-Sitz eingerichtet und zum Anlaufpunkt für interessierte Bürger aus dem Wedding.

Der Streik wird mit einem Zwischenergebnis beendet

Ende November/Anfang Dezember trat der Arbeitskampf in die entscheidende Phase. Für den 5. Dezember 2011 war eine Aufsichtsratssitzung der Charité angesetzt. Auf ihr sollte über die weitere Vergabe der Dienstleistungen, also auch über die Zukunft der CFM, entschieden werden. Sowohl der Vorstand der Charité als auch die neue Senatskoalition von SPD und CDU wollten vorher offensichtlich »Druck aus dem Kessel lassen« und den Arbeitskampf beenden. Die CFM-Geschäftsführung signalisierte Verhandlungsbereitschaft und zwei Tage vor der Aufsichtsratssitzung einigten sich die Geschäftsführung und die Tarifkommission auf ein Eckpunktepapier (siehe Kasten).

Der andauernde Ausstand, auch wenn er den Klinikbetrieb nicht lahm legen konnte, sorgte doch für beständige Unruhe an den Charité-Standorten. Die vielfältigen Aktionen auf der Straße steigerten den politischen Druck – auf die privaten Investoren und vor allem auf die Parteien der Senatskoalition. Die bundesweite, öffentliche Debatte über den Pflegenotstand, über miese Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne verstärkte diesen Druck. Selbst CDU und FDP gaben angesichts der öffentlichen Stimmung ihr striktes »Nein« gegenüber einem Mindestlohn auf. Die Regierungsparteien streben eine Lösung an, bei der sich die Tarifparteien, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften,

Die wichtigsten Regelungen

- Ab dem 1. Mai 2012 gilt in der CFM für alle ein Mindestlohn von 8.50 Euro, eine spürbare Erhöhung für ca. 500 Beschäftigte.
- Verhandlungen zu einem Manteltarifvertrag laufen ab Januar 2012.
- Alle Beschäftigten, die unter 30.000 Euro im Jahr verdienen, erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 300 Euro. Leider gilt das nicht für die KollegInnen in der Reinigung.
- Es darf keine Maßregelung von Streikenden geben.
- *»Doch der Kampf für einen Tarifvertrag ist damit nicht zu Ende. Es gibt keine Friedenspflicht. Wir können jederzeit streiken, wenn die Verhandlungen nicht zu unserer Zufriedenheit verlaufen.«* (Streikkurier Nr. 54)

über einen verbindlichen Mindestlohn einigen. Die SPD will dagegen auf parlamentarischer Ebene einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro verabschieden. Bei den Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge hat sich in der großen Senatskoalition in Berlin die SPD mit den 8,50 Euro durchgesetzt.

Mit dieser Kehrtwende wollen die Partein der schwarz-gelben Bundesregierung und des Berliner Senats vorbeugen. Über einen Mindestlohn soll im Einvernehmen mit den »Sozialpartnern« auf parlamentarischer Ebene entschieden werden. Dabei stören die Aktionen der streikenden CFM-MitarbeiterInnen, mit denen sie auf miese Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne an den Krankenhäusern hinweisen. Dem Druck der Straße soll vorgebeugt werden.

Auch auf Seiten der CFM-Beschäftigten bestand die Bereitschaft das Eckpunktepapier anzunehmen. Sie hatten in den drei Monaten des Arbeitskampfe eine Beharrlichkeit und Kraft entwickelt, mit der niemand gerechnet hatte – die Gegner im Senat und an der Charité ebenso wenig wie sie selbst und ihre Unterstützer. Dennoch, die Streikenden stießen an eine Grenze, die sie aus eigener Kraft wohl nicht hätten überwinden können. Die Streikbeteiligung konnte nicht mehr ausgeweitet werden; die Organisierung überbetrieblicher Solidarität und begleitender Aktivitäten ließ sich kaum noch steigern. Auch materiell wirkte sich der Arbeitskampf aus, vor allem für die KollegInnen aus dem Niedriglohnsektor. Drei Monate statt des üblichen Lohnes die gewerkschaftliche Streikunterstützung – das hatte große Löcher in den privaten Haushaltskassen hinterlassen. Und Weihnachten stand vor der Tür, mit den entsprechenden Erwartungen von Ehepartnern und Kindern.

Auf höchster Ebene hatte sich zuletzt ver.di in den Tarifkonflikt eingeschaltet. Die Landesbezirksvorsitzende, Susanne Stumpenhusen, drängte in Vorgesprächen die verantwortlichen Politiker und Manager zur Aufnahme von Verhandlungen. Ellen Paschke (Bundesvorstand ver.di) und Frank Stöhr (Vorsitzender der DBB Tarifunion) übernahmen die Verhandlungsführung. Auch die Gewerkschaftsvorstände hatten ein Interesse, den Arbeitskampf beizulegen. Mit der Verpflichtung zur Aufnahme von Manteltarifverhandlungen wurde ihnen die Anerkennung als Tarifpartner in Aussicht gestellt. Ein erfolgloser Arbeitskampf hätte die gewerkschaftliche Stellung nicht nur bei der CFM und an der Charité untergraben; er wäre zu einem schweren Rückschlag für den gesamten Fachbereich auf Landes- und Bundesebene geworden.

Nicht nur die Angst vor den Konsequenzen einer Streikniederlage, sondern auch politische Befürchtungen dürften ein Grund für die Intervention der ver.di-Spitze gewesen sein.

Hinter vorgehaltener Hand wurde aus dem Berliner ver.di-Vorstand der Einfluss der SAV im Arbeitskampf kritisiert. Nicht allein die »Einmischung« ungeliebter linker Gruppierungen wird von den Gewerkschaftsvorständen mit Argwohn betrachtet. Die Mittel und Methoden der Streikführung und seine politische Ausrichtung drohten den sozialpartnerschaftlichen Rahmen gewerkschaftlicher Tarifpolitik zu überschreiten. Die Intensivierung und Politisierung des Streiks war eine Antwort auf die Kampfmethoden der CFM-Leitung und die monatelange Blockade einer Verhandlungslösung. Diese Blockade musste aufgelöst werden, damit die Gewerkschaft ihrer sozialpartnerschaftlichen Aufgabe nachkommen und den Konflikt entschärfen/befrieden konnte.

Ob mit dem erzielten Kompromiss ein Durchbruch gelungen ist, wird die Zukunft zeigen. Die Charité kann kein Interesse daran haben, dass ihr Spielraum zur Kostenreduzierung durch einen guten Tarifvertrag für die CFM allzu stark beschnitten wird. Und die Manager der CFM haben nie gelernt, ihre Überheblichkeit gegenüber den »normalen Mitarbeitern« unter einem sozialpartnerschaftlichen Mantel zu verbergen. Allerdings sind die KollegInnen – gestärkt durch ihren gewerkschaftlichen Kampf und mit neuen politischen Erkenntnissen – an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. Die ver.di-Betriebsgruppe hat durch den Streik Zulauf erhalten. Der »Streikkurier« soll als regelmäßige Publikation der Betriebsgruppe fortgeführt werden. Das sind gute Voraussetzungen für die anstehenden Tarifverhandlungen bei CFM und mögliche Verhandlungen an der Charité selbst. Ver.di strebt an, im Rahmen der Kampagne *»Der Druck muss raus«* die Arbeitsbedingungen an den Krankenhäusern tarifvertraglich zu regeln. Die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen bei CFM und an der Charité wollen in enger Abstimmung in kommende Auseinandersetzungen gehen.

23. Februar 2012 ■

Hamburg: Streik bei Pflegen & Wohnen für einen Tarifvertrag

Seit dem 9. Januar diesen Jahres organisiert Verdi einen Streik bei dem Pflegeheimunternehmen Pflegen & Wohnen Hamburg GmbH. Mit diesem Streik soll ein Tarifvertrag erzwungen werden. Das Unternehmen hat insgesamt 13 Standorte in Hamburg mit etwa 1600 Beschäftigten. Davon sind bei Verdi ca. 700 organisiert, also auch hier ein Minderheitenstreik wie bei CFM und Alpenland in Berlin.

Es handelt sich bisher allerdings nicht um einen Vollstreik. In den ersten vier Wochen wurden die KollegInnen zu einem zentralen Streiktag in der Woche aufgerufen. An den übrigen Wochentagen wurde dann ein jeweils anderer Standort bestreikt. Auf einer Streikversammlung am 30. Januar drängten die KollegInnen den Druck zu verstärken. Deshalb wird jetzt seit dem 8. Februar an zwei Wochentagen allgemein gestreikt.

Verdi hat von Anfang an darauf orientiert, dass man sich auf eine lange Auseinandersetzung einrichten müsse, vielleicht bis zum Sommer. Deshalb müsse man Steigerungsmöglichkeiten haben.

Die Stadt Hamburg verkaufte Pflegen & Wohnen zum 1. Januar 2007 …

Der Beginn der Privatisierung der städtischen Seniorenheime erfolgte 1991, als das Amt für Heime vom SPD-Senat in den Landesbetrieb Pflegen & Wohnen umgewandelt oder, wie es in einer städtischen Verlautbarung heißt: *»zunehmend in die Eigenverantwortung überführt«* wurde. 1997 folgte dann der nächste Schritt in die »Selbstständigkeit« durch Überführung von Pflegen & Wohnen in eine Anstalt öffentlichen Rechts.

Damit wurde die Entwicklung der städtischen Krankenhäuser nachvollzogen, die bereits 1981 in einen Landesbetrieb und 1995 in eine Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt wurden, beide Male von SPD-geführten Senaten. Verkauft wurden sie dann vom CDU-Senat im Dezember 2004, Pflegen & Wohnen kam wenig später dran.

Zunächst erfolgte 2005 noch die Umwandlung in eine GmbH, bevor man anfing Investoren zu suchen. Fündig wurde man bei einem Konsortium, gebildet aus der Vitanas GmbH & Co. KGaA, Berlin sowie dem Hamburger Unternehmer Andreas Franke. Die Vitanas GmbH gehört zu einem Gebäudemanagement-Unternehmen á la CFM, während die Andreas Franke Vermögens- und Handelsgesellschaft mbH & Co. KG Grundstücke und Immobilien verwaltet.

Nach dem Verkauf wurden die Beschäftigten unter Druck gesetzt ins neue Unternehmen mitzugehen, denn die Stadt hatte den länger Beschäftigten (1000 von 1600) ein Rückkehrrecht zugesichert (wie schon vorher den Krankenhausbeschäftigten). Es bliebe alles beim Alten, die neuen Investoren hätten mit der Stadt einen Vertrag, nach dem sie verpflichtet seien den bisherigen Tarifvertrag weiter zu gewähren. 361 KollegInnen glaubten dem nicht und entschieden sich vom Rückkehrrecht Gebrauch zu machen. Einer begründete seinen Schritt in der »Hamburger Morgenpost«: *»Es ist nicht zu verantworten, wie wenig Zeit uns für die Versorgung der alten Menschen bleibt. (…) Alten Menschen den Lebensabend menschenwürdig zu gestalten ist doch eine gesellschaftliche Aufgabe. Wie Schule. Wie Kindergärten. Da darf es nicht um Profit gehen, nicht um Gewinnmaximierung.«* (20.9.2007)

…und die Folgen

Im April 2008 trat das Unternehmen aus dem Arbeitgeberverband Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg (AVH, für öffentliche Einrichtungen) aus, womit es nicht mehr an den Tarifvertrag gebunden war. Als Gehaltsabschläge angedroht wurden, erfolgten im Frühjahr und Sommer 2008 Warnstreiks, die schließlich zum Abschluss eines Haustarifvertrags führten. Dieser wurde am 18. Februar 2009 unterschrieben.

Als das Unternehmen 2010 über eine drohende finanzielle Notlage berichtete, verhandelte Verdi mit der Geschäftsleitung über einen Notlagentarifvertrag, man gelangte zu keiner Einigung. 2011 war dann von einer finanziellen Notlage nicht mehr die Rede. Allerdings klagte die Geschäftsleitung in der Presse, sie könne kein Geld verdienen, da die Beschäftigten wegen der Nachwirkung der bisherigen Tarifverträge im Vergleich mit anderen Pflegeeinrichtungen zu hohe Löhne bekämen.

Zum 20. Juni 2011 kündigte das Unternehmen den bisher gültigen Tarifvertrag. Für die Beschäftigten, die bis zu diesem Zeitpunkt einen Arbeitsvertrag hatten, gilt der Tarifvertrag in der sogenannten ‚Nachwirkung' weiter. Für Neueingestellte ab 1.07.2011 kann der Arbeitgeber die Ar-

beitsbedingungen unabhängig vom bisherigen Tarifvertrag einseitig selbst festlegen. Verdi verhandelte erneut mit der Geschäftsführung, machte Zugeständnisse, die allein für das Jahr 2012 dem Betrieb eine Ersparnis von 1,2 Millionen Euro gebracht hätten und einigte sich mit ihr auf einen Tarifvertrag, doch die Eigentümer stellten ihre Geschäftsleitung bloß und lehnten im September einen Tarifvertrag überhaupt ab.. Sie machten klar, dass sie keinen Vertrag mit Verdi wollen, sondern auf eine betriebliche Regelung abzielen, die mit dem Betriebsrat abgeschlossen werden soll. Daraufhin machte Verdi mobil und organisierte Warnstreiks, die aber ohne Widerhall beim Unternehmen blieben. So wurde urabgestimmt und für Januar der »Erzwingungsstreik« ausgerufen.

Die Rolle von ver.di

Als Pflegen & Wohnen verkauft wurde, hatte ver.di keine prinzipiellen Einwände, da die Beschäftigten durch den Tarifvertrag und den mit der Stadt abgeschlossenen Vertrag der Neueigentümer gesichert seien. Obwohl genügend Erfahrungen mit Privatisierungen (z.B. mit den Hamburger Krankenhäusern) vorliegen, lernt Verdi offensichtlich nicht und scheint zu glauben, dass bestehende Tarifverträge auch bei Privatisierungen genügend Schutz bieten. Die Dynamik, die in einer solchen Privatisierung steckt, die von dem Vorrang des Profits herrührt, wird konsequent ignoriert.

Für ver.di ist das Wesentliche, dass ein Tarifvertrag existiert, der mit ihr ausgehandelt wird. Deshalb erfolgte der Protest erst, als das Unternehmen deutlich machte, dass es sich nicht an den geltenden Tarifvertrag halten will. Als das Unternehmen 2010 von einer finanziellen Notlage sprach, reagierte Verdi mit dem Angebot eines Notlagentarifvertrags. Die Situation Ende 2011 nach der Ablehnung des zuvor ausgehandelten Tarifvertrags beschrieb Verdi-Vorsitzender Bsirske vor den Warnstreikenden am 8.12. so: *»Da gab es zum ersten Mal eine Lohnerhöhung seit 2009 und dann ist der Geschäftsführung mitgeteilt worden, dass die Eigentümer dieses Ergebnis ablehnen. Gar nicht mal so sehr wegen des Inhalts dieses Ergebnisses, sondern weil sie schlicht keinen TV wollen, schlicht weil sie Gewerkschaft als Verhandlungspartner ablehnen, schlicht weil sie TVs ablehnen.«* Und weiter: *»Und das passiert beim größten privaten Pflegeanbieter in Hamburg, das passiert in einem Unternehmen mit 1600 Beschäftigten. Dass da zwei Kaufleute sich hinstellen und so tun, als sei die Regelung der Arbeitsbedingungen und die Regelung der Entlohnungsbedingungen ihre persönliche Privatangelegenheit, die Privatangelegenheit der Eigentümer. Und da sagen wir: Nein, Nein, die Regelung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen ist beileibe nicht Eure Privatangelegenheit, sondern das ist unsere gemeinsame Angelegenheit, und da sitzen wir uns gegenüber und das handeln wir aus.«*

Verdi möchte zurück an den Verhandlungstisch. Sie kann nicht akzeptieren, dass eines der größten Unternehmen in Hamburg in ihrem Organisationsbereich ohne Tarifvertrag bleibt. Dass Bsirske extra aus Frankfurt zu einem Warnstreik anreist, zeigt: Es geht hier Verdi um ihre Existenz als Gewerkschaft.

Für die Beschäftigten geht es neben der Sicherheit, die ein Tarifvertrag verspricht, und dem Geld vor allem um ihre Arbeitsbedingungen, die für sie wie die BewohnerInnen immer entwürdigender werden. Unterbesetzung, Arbeitshetze führen dazu, dass sie ihrem Anspruch, pflegen zu wollen, immer schlechter nachkommen können.

Es scheint so zu sein, dass der Wunsch von ver.di, an den Verhandlungstisch zurück zu kehren, auch die Durchführung des Streiks bestimmt. Zwar kündigt man einen

»Erzwingungsstreik« an, belässt es aber vier Wochen bei einem zentralen Streiktag. Danach geht man auf Drängen der Streikenden weiter – auf zwei zentrale Streiktage. Die Notdienste werden mit dem Unternehmen einvernehmlich geregelt, wobei es so aussieht, als ob Pflegen & Wohnen das ausnutzt. Denn die Streikenden berichten davon, dass die Notdienstbesatzungen während des Streiks sich nicht von normalen Tagen unterscheiden.

Man bekommt den Eindruck, dass man dem Unternehmen signalisieren will, dass man kein Gegner, sondern Kooperationspartner ist. Bezeichnend war z.B. eine Kundgebung vor dem Ort einer Veranstaltung von Pflegen & Wohnen für die Imagepflege bei möglichen Kunden. Man blieb brav vor der Tür, dabei wäre eine gute Gelegenheit gewesen, das Unternehmen richtig zu ärgern, indem man in die Veranstaltung »eingesickert« und dann aufgetreten wäre.

Ein ökonomischer Druck ist mit der Anzahl der Streikenden kaum zu erreichen. Bei den zentralen Streiktagen sind zwischen 100 und 200 KollegInnen dabei, das kann das Unternehmen locker verkraften. Nötig wäre öffentliche Aufmerksamkeit durch Aktionen in der Stadt, so dass ein politischer Druck auf das Unternehmen entsteht; ähnlich wie das die CFM-KollegInnen in Berlin das praktiziert hatten.

Nach Redaktionsschluss

erreichte uns am 5. März die Meldung, dass der Streik ausgesetzt wurde. Das Unternehmen erklärte die Bereitschaft mit ver.di »Verhandlungsgespräche« über einen Tarifvertrag aufzunehmen. Aus der Pressemitteilung von Verdi am 6.3.: *»In einem ‹ Bündnis für Zukunft und Beschäftigung› sollen unter Moderation von Herrn Wolfgang Kraft, ehemaliger Vorstand der Evangelischen Stiftung Alsterdorf, Verhandlungsgespräche mit ver.di und der Geschäftsführung über einen Tarifvertrag bei Hamburgs größtem Pflegeanbieter ab Mitte März beginnen.«* Ohne Einberufen einer Streikversammlung und ohne jede Diskussion über eine Verhandlungsstrategie mit den Streikenden wurden daraufhin alle Streikmaßnahmen mit sofortiger Wirkung beendet. Ab 6. März wird wieder regulär gearbeitet.

5. März 2012 ■

Gewerkschaften ringen um die Anerkennung als Sozialpartner

Ein erster Kommentar zu den letzten Arbeitskämpfen in der Dienstleistungsbranche.

Bis auf die erfolglosen Bemühungen der Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL), einen einheitlichen Bundesrahmentarifvertrag für alle Lokführer durchzusetzen, verliefen die großen Flächentarifrunden des vergangenen Jahres konfliktfrei. Bei den Verhandlungen in der Chemie- und Metallindustrie, bei denen der Post und Telekom als auch im öffentlichen Dienst einigten sich die Gewerkschaften auf dem Verhandlungswege mit den Arbeitgeberverbänden – ohne Beteiligung und Mobilisierung ihrer Mitglieder. In den industriellen Bereichen der deutschen Exportindustrie funktioniert die jahrzehntelang praktizierte Form der Sozialpartnerschaft im Wesentlichen noch. Die Stammbelegschaften sollen ruhig gestellt bleiben. Im Interesse einer reibungslosen und effizienten Produktion binden die Konzerne Gewerkschaften und Betriebsräte ein. Sie können dabei auf ein in Jahrzehnten entwickeltes Instrumentarium zurückgreifen und finden in den Gewerkschafts- und Betriebsratspitzen kooperationswillige Partner. Solange es in der Exportindustrie keinen größeren Arbeitsplatzabbau gibt und der Lohnabbau sich in Grenzen hält, wird das von einer Mehrheit in den Belegschaften mitgetragen oder zumindest durch die eigene Passivität toleriert.

Ganz anders das Bild in dem stetig angewachsenen Bereich prekärer Arbeitsverhältnisse, die vor allem im Dienstleistungsbereich angesiedelt sind. Hier gab es eine Reihe betrieblicher Arbeitskämpfe, z.B.: bei der Alpenland Pflegeheime Berlin GmbH & Co.KG in Ost-Berlin und bei der Charité-Tochter CFM. Seit Anfang Januar 2012 streiken die Beschäftigten von Pflegen und Wohnen, der größten Altenheimpflegeeinrichtung in Hamburg.

In all diesen betrieblichen Auseinandersetzungen ging/geht es nicht allein und nicht in erster Linie um die Festlegung von Löhnen und Arbeitsbedingungen. Bevor darüber überhaupt verhandelt werden konnte, musste über eine andere Frage entschieden werden: Gelingt es den Beschäftigten ihre Unternehmensleitungen zu zwingen, die Gewerkschaften als kollektive Interessenvertreter der Belegschaft anzuerkennen? Dieser Grundsatzkonflikt ließ sich nicht mit dem bekannten Tarifritual und den üblichen Kompromissen beilegen. Dementsprechend hart und lange wurde/wird in diesen betrieblichen Arbeitskämpfen gerungen. Sie weisen, bei allen Unterschieden in den Ausgangsbedingungen und im Verlauf, eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf:

- Die Streiks zogen sich allesamt über Wochen oder Monate hin. Die Unternehmen konnten allein mit dem traditionellen gewerkschaftlichen Kampfmittel, der Verweigerung der Arbeitskraft, nicht so leicht unter Druck gesetzt werden. Auch für sie ging und geht es um Grundsätzliches. Für die Verteidigung tarif- und damit gewerkschaftsfreier Zonen sind die Unternehmensleitungen bereit, auch monatelange Unruhe im Betrieb und finanzielle Einbußen hinzunehmen.
- Es war zumeist eine Minderheit in den gewerkschaftlich schwach organisierten Belegschaften, die in den Ausstand trat. Die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen für die Unternehmen hielten sich auch aus diesem Grund in Grenzen.
- Zu allen Arbeitskämpfen hatte ver.di aufgerufen – Streikende und Gewerkschaft zogen am gleichen Strang. Solange die Unternehmen sich Tarifverhandlungen verweigern, decken sich die Interessen und Ziele der Beschäftigten mit denen des gewerkschaftlichen Apparates: Die Beschäftigten kämpfen für die tarifliche Absicherung erträglicher Arbeitsbedingungen und ausreichender Löhne, der gewerkschaftliche Apparat um die Anerkennung als Sozialpartner.

Obwohl nur wenige Betriebe und zumeist kleinere Belegschaften in den Ausstand getreten waren, kam den Arbeitskämpfen eine Bedeutung zu, die weit über den Kreis der Betroffenen hinausreicht. Der Anteil prekärer Beschäfti-

gungsverhältnisse ist in den letzten Jahren beständig gestiegen (siehe Kasten). Damit wuchsen zugleich die tariffreien Zonen, in denen den Gewerkschaften die Anerkennung als Tarif- und Sozialpartner verwehrt wird. Für zahlreiche Fachbereiche von ver.di eine fatale Entwicklung, beispielsweise in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen oder in Verlagen und Druckereien. Diese Entwicklung, die Flucht von Unternehmen aus der Tarifbindung, setzt sich weiter fort.

Die Zunahme des Niedriglohnsektors und prekärer Arbeitsverhältnisse

Eine Zahl ließ jüngst aufhorchen: Ende 2011 gab es bereits 910.000 Leiharbeiter. Die Beschäftigungsdauer beträgt im Schnitt nur ein viertel Jahr. *»Zwischen den Jahren 1992 und 2007 hat sich die Zahl der Verleiher mehr als verdreifacht und die der Leiharbeiter fast versechsfacht. Hierbei verlief die Entwicklung der Arbeitnehmerüberlassung seit ihrer Liberalisierung im Rahmen des Hartz I-Gesetzes im Jahr 2004 besonders dynamisch.«* (Jahresgutachten 2008/09, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) Auch andere Zahlen aus dem Gutachten belegen die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse. Der Anteil der Teilzeitarbeit stieg von 14,0 (1991) auf 26,3 Prozent (2007) und die befristeten Arbeitsverhältnisse nahmen von 5,8 (1991) auf 9,1 Prozent (2007) aller Beschäftigungsverhältnisse zu. In den letzten vier Jahren hat sich diese Entwicklung noch beschleunigt.

Die prekären Beschäftigungsverhältnisse dienen nicht mehr der Abfederung von Stoßzeiten (z.B. im Einzelhandel) oder Produktionsengpässen (im produzierenden Gewerbe). Mit der Deregulierung des Arbeitsmarktes unter der Regierung Schröder wurden sie zum Instrument zur Schaffung eines breiten Niedriglohnsektors und zum Abbau des Lohnniveaus insgesamt. Die Gewerkschaften haben die Deregulierung des Arbeitsmarktes akzeptiert oder toleriert. Jetzt, nachdem ein immer größerer Teil der Beschäftigten unter den Folgen zu leiden hat, laufen die Gewerkschaften der Entwicklung hinterher. Sie merken, dass ihre Stellung als Sozialpartner untergraben wird. Analog dem Anstieg prekärer Beschäftigung sinkt der gewerkschaftliche Einfluss. Die gewerkschaftlichen Versuche, die Auswirkungen der Deregulierung tariflich abzufedern, wirken halbherzig und hilflos.

In der Vergangenheit war es in den bundesdeutschen Gewerkschaften nicht üblich oder vorstellbar, in einem schwach organisierten Bereich mit einer Minderheit der Belegschaft in einen Arbeitskampf zu ziehen. Dass ver.di (zuerst im Einzelhandel und jüngst mit den geschilderten Streiks) mit diesem Tabu brach, zeigt, für wie bedrohlich man die Lage im Bundesvorstand mittlerweile hält. Eine Abkehr vom bisher praktizierten sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftskurs ist damit nicht verbunden.

Die Gewerkschaften kämpfen gegen Wirkungen, nicht gegen deren Ursachen

Die Beschäftigten und ver.di setzen sich mit den betrieblichen Arbeitskämpfen gegen die Folgen einer gesellschaftlichen Entwicklung zu Wehr, auf die sie keinen direkten Einfluss ausüben können. Die Funktion der Gewerkschaften in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist eine beschränkte. Ihnen fällt die praktische Aufgabe zu, die Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen und dafür das gewerkschaftliche Kampfmittel, die kollektive Verweigerung der Arbeitskraft, den Streik, zu nutzen. Die Bedingungen, unter denen dieser Verkauf stattfindet, werden weder durch die Gewerkschaften noch durch die Unternehmen bestimmt. Sie sind Resultat der dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche. Der kapitalistische Markt entscheidet über die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen, d.h. über deren wirtschaftlichen Spielraum, sich durch Zugeständnisse den sozialen Frieden zu sichern. Der Markt reguliert auch das Angebot und die Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft. Er nimmt über die Höhe der Erwerbslosenrate Einfluss auf den Preis, sprich den Lohn. Die Gewerkschaften kämpfen gegen Wirkungen, nicht gegen deren Ursachen.

Allerdings, wie die Gewerkschaften ihre Aufgaben bewältigen, wird nicht allein bestimmt durch ihre Funktion und Stellung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, sondern auch von ihrer Haltung, die sie gegenüber dieser Ordnung einnehmen. Nach dem Selbstverständnis der bundesdeutschen Gewerkschaften gilt es die bestehende kapitalistische Ordnung zu verteidigen, um innerhalb der »sozialen Marktwirtschaft« die materiellen Belange der Lohnabhängigen zu sichern und auszubauen. Die Unternehmen und ihre Verbände sind keine Gegner, sondern Tarifpartner, deren Interessen die Gewerkschaften zu berücksichtigen haben – durch Zurückhaltung in den Tarifrunden und durch entsprechende Kompromisse. Die Integration in die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beinhaltet für die Repräsentanten der offiziellen Gewerkschaftspolitik auch die Akzeptanz der in dieser Ordnung bestehenden Macht- und Entscheidungsbefugnisse. Die bestehenden Eigentumsverhältnisse und die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel stellen sie praktisch ebenso wenig in Frage, wie Beschlüsse von Parlamenten und Regierungen. Wenn auch einzelne Beschlüsse auf Unternehmens- und Regierungsebene kritisiert werden – manchmal sehr wortradikal und moralisch anklagend vorgetragen –, der Einsatz gewerkschaftlicher Kampfmittel gegen unternehmerische und politische Entscheidungen kommt für sie nicht in Frage.

Die Zustände, wie beispielsweise bei der CFM oder bei Pflegen und Wohnen, sind nicht allein Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, unter denen die Beschäftigten zu leiden haben und gegen die sie sich kaum zur Wehr setzen können. Sie sind zugleich auch unmittelbare Folge politischer und/oder unternehmerischer Entscheidungen. Die Privatisierung im Gesundheitswesen wurde durch politische Entscheidungen vorangetrieben, wie die Überführung der Charité in eine private Rechtsform oder der Verkauf der städtischen Pflegeeinrichtung in Hamburg an private Betreiber. Die Vergabe »nichtpflegerischer« Tätigkeiten der Charité an die CFM war eine typische Unternehmensentscheidung zur Kostenreduzierung. Die verschiedensten Formen der Ausgliederung werden seit Jahren zur Lohnsenkung in allen Branchen angewandt.

Sozialpartnerschaft und Selbstbeschränkung der Gewerkschaften

Gesellschaftliche Ursachen und politische Hintergründe, die zu den tariflosen Zuständen geführt haben, bleiben jedoch in der Arbeitskampfführung durch die offiziellen Instanzen der Dienstleistungsgewerkschaft ausgeklammert. Die Gewerkschaftsvorstände beschränken sich bewusst auf die tarifliche Regelung der Folgen. Diese Haltung be-

stimmte auch das Agieren der Dienstleistungsgewerkschaft in den jüngsten Auseinandersetzungen.

Im Arbeitskampf bei »Pflegen und Wohnen« in Hamburg wird diese Selbstbeschränkung der Gewerkschaft deutlich. Der Streik wird von ver.di auf Sparflamme geführt, wirtschaftliche und finanzielle Folgen sind für das Unternehmen kaum spürbar (siehe Korrespondenz auf der Seite ??). Auf öffentlichkeitswirksame Aktionen verzichtet ver.di und damit auf eine breitere gewerkschaftliche und politische Mobilisierung. Die Vorstände und der Apparat der Dienstleistungsgewerkschaft suchen die Anerkennung als Sozialpartner und nicht den politischen Konflikt. Deshalb soll die Vorgeschichte, die Beschlüsse des Hamburger Senats und der Bürgerschaftsparteien als auch die eigene Rolle bei der Privatisierung, ausgeklammert bleiben. Der Arbeitskampf bleibt so eine zahnlose Veranstaltung zur Unterstützung des gewerkschaftlichen Appells an die Gegenseite, doch zur bewährten »sozialpartnerschaftlichen Vernunft« zurückzukehren und sich Tarifverhandlungen nicht zu verweigern.

Anders als in Hamburg verlief der Streik bei CFM in Berlin. Es war allerdings die Initiative von unten, die dem Arbeitskampf bei der ausgegliederten Charité-Tochter eine breitere Basis und eine politische Stoßrichtung verlieh (siehe Bericht auf Seite ??). In der öffentlichen Darstellung wurde immer wieder auf den Zusammenhang zwischen der Privatisierung des Gesundheitswesens, der Ausgliederung in die CFM und den Lohn- und Arbeitsbedingungen hingewiesen. Die Parallelen zu anderen Betrieben und Branchen – die gemeinsamen Klasseninteressen – wurden zum Ausgangspunkt der überbetrieblichen Mobilisierung und Solidarität. Diese Art der Arbeitskampfführung war das Resultat der jahrelangen Arbeit gewerkschaftlich engagierter und politisch denkender KollegInnen in den Betriebsgruppen an der Charité und bei der CFM. Die Art und Weise der Streikführung unterschied sich deutlich von der üblichen, sozialpartnerschaftlichen Praxis der Gewerkschaften.

Die CFM setzt ihren Kampf gegen Gewerkschaften fort

Mit der formellen Anerkennung der Gewerkschaften durch die Aufnahme von Tarifverhandlungen hat sich die Geschäftsleitung nicht »vom Saulus zum Paulus« gewandelt. Ein Entgegenkommen bei den Verhandlungen gibt es nicht. Die Bemühungen, sich eine gewerkschaftsfreie Zone zu schaffen, werden fortgesetzt. Einstellungen erfolgen fast nur noch befristet. Die Angst um den Arbeitsplatz, die Hoffnung auf eine Festeinstellung, sollen die Beschäftigen davon abhalten, das Maul aufzumachen oder sich gewerkschaftlich zu engagieren. Die nach dem Arbeitskampf einsetzende Repression dient demselben Ziel, wie der Streikkurier Nr. 3 berichtet:

»Offensichtlich startet die Geschäftsführung der CFM mit ihrer Offensive gegen Gewerkschaftsmitglieder voll durch. In den Bereichen, die während des Arbeitskampfes besonders stark aufgetreten sind – Reinigung, Sicherheits-, Empfangsdienste und Telefonzentrale und Transport –, sollen anscheinend gewerkschaftsfreie Zonen geschaffen werden. Diese Bereiche bilden den aktiven Teil und das Rückgrat der Betriebsgruppen. Und damit auch der Verhandlungen auf Seiten der Gewerkschaften. Als nützliche Helfer erweist sich dabei das mittlere Management, das nach oben buckelt und nach unten tritt, um die Drecksarbeit zu erledigen. Bereits in der letzten Ausgabe (Streikkurier Extra 2) berichteten wir von den ungeheuren Schikanen, denen die Kolleginnen und Kollegen in der SET ausgesetzt sind. Die schriftlicher Abmahnungen stieg in einigen Bereichen nach dem Streik spürbar an, anscheinend zugespitzt auf die Kolleginnen und Kollegen, die sich im Streik als aktiv hervorgetan haben und die der Führungsebene namentlich bekannt sind.«

Die Aufnahme von Tarifverhandlungen beendet die betrieblichen Auseinandersetzungen nicht

Bei Alpenland und CFM wurden die Streiks ausgesetzt, nachdem die Arbeitgeber bereit waren, Tarifverhandlungen aufzunehmen. Das für die Gewerkschaften entscheidende Ziel, die Anerkennung als Tarifpartner, konnte ver.di zunächst durchsetzen. Für die Beschäftigten aber ist damit noch nichts gewonnen – für sie entscheidend ist der materielle Inhalt des zu regelnden Tarifvertrages. Ein Kollege charakterisierte das Verhalten der CFM nach den ersten Tarifgesprächen treffend: *»Das Unternehmen versucht alles beim Alten zu belassen und dem Ganzen den Namen Tarifvertrag zu geben.«* Die CFM-Geschäftsführung beharrt in den Verhandlungen darauf, dass ein Tarifregelung kostenneutral zu gestalten sei. Es gibt bisher keinerlei Entgegenkommen (siehe Kasten).

Nach der Einigung bei Alpenland nutzte die Geschäftsführung eine Lücke im Tarifvertrag. Die bisher übliche betriebliche Regelung – die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage, auch wenn die KollegInnen an diesem Tag keinen Dienst hatten – strich die Geschäftsleitung ersatzlos. Die Tarifkommission hatte die betriebliche Regelung nicht durch die Übernahme in den Tarifvertrag abgesichert. Das führte zu Enttäuschung/Empörung der Beschäftigten über ver.di und die zuständige Gewerkschaftssekretärin.

Die Unternehmen wollen nicht nur Kostensteigerungen vermeiden, sie versuchen auch den Beschäftigten zu bewei-

sen, dass sich Streiks und gewerkschaftliche Aktivitäten nicht auszahlen. Ob sie damit erfolgreich sind, hängt von zwei Faktoren ab: erstens von der Bereitschaft und Mobilisierungsfähigkeit der Belegschaft und zweitens vom Verhalten der zuständigen ver.di-Gremien.

Sicherlich gibt es auch innerhalb des Gewerkschaftsapparates unterschiedliche Vorstellungen darüber, wieweit man den »Arbeitgebern« entgegenkommen sollte und auf welche Kompromisse man sich einlassen kann. Eine Überlegung aber wird bestimmend sein – ver.di wird alles daran setzen, ein Scheitern der Verhandlungen zu vermeiden. Denn damit wäre auch ihre Anerkennung als Tarif- und Sozialpartner durch die Gegenseite in Frage gestellt. So lange sich die Unternehmerseite weigerte, die Gewerkschaft als Verhandlungspartner überhaupt zu akzeptieren, überwog die Einheit zwischen den Streikenden und den gewerkschaftlichen Entscheidungsträgern aus dem Apparat. Jetzt werden sich die unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen – zwischen den Beschäftigten und dem gewerkschaftlichen Apparat – ausdifferenzieren und zu Widersprüchen und Konflikten führen. Das gilt auch für die GKL, der zweiten, bei CFM vertretenen, Gewerkschaft. Deren Verhandlungsführer tritt in den Tarifgesprächen wachsweich auf und sucht den Kompromiss um jeden Preis.

Mit ihrem Beitritt haben die KollegInnen ver.di beauftragt, ihre Interessen gegenüber den Unternehmensleitungen zu vertreten. Das Ansehen, das sich die Gewerkschaften in den Arbeitskämpfen erworben haben, werden sie verspielen, wenn es ihnen nicht gelingt, den Erwartungen ihrer Mitglieder im Betrieb gerecht zu werden. Das würde voraussetzen, dass sie sich für die Ausgestaltung des Tarifvertrages genauso einsetzen wie für ihre Anerkennung als Sozialpartner. Auf ein Entgegenkommen der Unternehmensleitungen können sie dabei nicht bauen. Das hat sich bei CFM und Alpenland deutlich gezeigt. Es kommt also auf die Bereitschaft der Belegschaften an, den Druck auf ihren »Arbeitgeber« weiter aufrechtzuerhalten und notfalls auch wieder in den Ausstand zu treten. Ohne den Druck und die Kontrolle von unten werden die Eigeninteressen des Gewerkschaftsapparates nach einer möglichst friedlichen Beilegung des Tarifkonfliktes das Verhandlungsergebnis bestimmen.

5. März 2012 ■

EIN BUCH ZUM THEMA »WHISTLEBLOWER«

Altenpflegerin schlägt Alarm

Was tun, wenn man am Arbeitsplatz unerträgliche Zustände vorfindet, die gegen Menschenrechte oder das Gemeinwohl verstoßen? Und wenn sich nichts ändert, obwohl man im Betrieb darauf aufmerksam gemacht hat?

In ihrem Buch: *»Eine Altenpflegerin schlägt Alarm«*, schildern der Rechtsanwalt Benno Hopmann und die Altenpflegerin Brigitte Heinisch ihren exemplarischen Fall. Alles fing 2002 mit unhaltbaren, menschenunwürdigen Zuständen in einem Pflegeheim der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH in Berlin an. Einige Altenpflegerinnen schlossen sich zusammen und machten in einer Überlastungsanzeige die Geschäftsleitung auf die Zustände aufmerksam. Als nichts passierte, im Gegenteil, die Zustände sich weiter verschlechterten, ging Brigitte Heinisch zu einem Anwalt, der das Unternehmen informierte, dass eine Anzeige erfolgen würde, wenn sich die unhaltbaren Bedingungen für Personal und Heimbewohner nicht ändern würden. In der Zwischenzeit hatte auch der Medizinische Dienst der Krankenkassen nach einer Kontrolle die Mängel bestätigt.

Als wieder keine Reaktion erfolgte, stellte Brigitte Heinisch im Dezember 2004 eine Strafanzeige, woraufhin sie im Januar 2005 gekündigt wurde. Kündigungsgrund: zu hohe krankheitsbedingte Fehlzeiten. Verdi schaltete sich ein und verteilte ein Flugblatt an die Beschäftigten, woraufhin eine fristlose Kündigung erfolgte. Als die Presse den Fall aufgriff, erfolgte eine dritte Kündigung im April 2005.

Der Klage Brigitte Heinischs gegen die Kündigung gab das Arbeitsgericht Berlin recht, da ihr Vorgehen durch das Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt sei. Allerdings verwarf das Landesarbeitsgericht Berlin dieses Urteil u.a. mit der Begründung, dass die Strafanzeige der Brigitte Heinisch ein *»grober Verstoß gegen ihre arbeitsvertraglichen Rücksichtnahmepflichten«* sei. Das Bundesarbeitsgericht wies ihre Beschwerde zurück, das Bundesverfassungsgericht nahm ihre Verfassungsbeschwerde nicht an.

Erst die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte brachte die Wende: Am 21. Juni 2011, also nach sechseinhalb Jahren, entschied es: Die *»Kündigung vom 9. Februar 2005 verletzt die Europäische Menschenrechtskonvention. Brigitte Heinisch durfte ihre eigene Arbeitgeberin bei der Staatsanwaltschaft anzeigen.«* (S. 12) Die Bundesrepublik Deutschland wurde zu 10 000 Euro Schadensersatz verurteilt.

Mit diesem Urteil wurde nun zum ersten Mal die bisherige Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbarkeit in Deutschland durchbrochen.

Rechtsanwalt Hopmann schreibt zur Bedeutung dieses Falls für Arbeitnehmer, die wegen Missständen in ihrem Betrieb an die Öffentlichkeit gehen wollen.

»Man darf den eigenen Arbeitgeber öffentlich kritisieren und betriebsinterne Missstände bekannt machen. Niemandem darf deswegen gekündigt werden. Der Gerichthof weist ausdrücklich darauf hin, dass die abschreckende Wirkung, die die Kündigung eines abhängig Beschäftigten auslöst, der Alarm schlägt, der Gesellschaft als Ganzes schadet. Zu seinem eigenen Schutz sollte man aber frühzeitig die Gewerkschaft oder einen Anwalt hinzuziehen und mit diesem Rechtsbeistand jeden einzelnen Schritt vorher besprechen.« (S. 22)

Brigitte Heinisch/
Benedikt Hopmann

Altenpflegerin schlägt Alarm

VSA 6 Euro

■ STREIKBRUCHTÄTIGKEIT AM FRANKFURTER FLUGHAFEN

ver.di – Tarifpartner und Ordnungsfaktor im Interesse des Unternehmens Fraport

Von den »normalen« Tarifkämpfen hebt sich die Auseinandersetzung am Frankfurter Flughafen ab. Dort kämpfte die Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF), die Vorfeldlotsen (Apron Controller), Vorfeldaufsicht und Verkehrszentrale organisiert, gegen eine Dreieinigkeit von Arbeitgeber (Fraport), ver.di und Fraport-Betriebsrat. Die GdF-Kollegen sehen sich im Vergleich mit anderen Großflughäfen bei Fraport im falschen Tarifvertrag. Sie wollen eine andere Tarifstruktur, die ihnen um Teil erhebliche Einkommenserhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen bringen würde. Darüber hatte es 2011 ein Schlichtungsverfahren gegeben. Die GdF war mit der vom Unternehmer geforderten Ausgliederung der drei Arbeitsbereiche in eine separate GmbH einverstanden gewesen, allerdings nicht in drei oder vier GmbHs, wie von Fraport gewünscht. Dass es dann doch nicht zu einer Einigung kam, führt der Vorsitzende der Flugsicherungs-Gewerkschaft, Markus Siebers, auf möglichen Druck von ver.di und vom kommunalen Arbeitgeberverband zurück. *»Wir waren zu all diesen Dingen bereit: vierjähriger Vertrag, Auslagerung in eine GmbH, das war alles Bestandteil des Schlichterspruchs von Herrn von Beust, den Fraport als Schlichter benannt hat...«* [1]

Ver.di und der ver.di-dominierte Betriebsrat stellten sich öffentlich gegen die etwa 200 streikenden Kollegen. Dafür dürfte es wenigstens zwei Gründe geben: Zum einen gehörte der ver.di-Vorsitzende Bsirske zu den Gewerkschaftern, die sich für ein Gesetz stark machen, das kleineren Gewerkschaften und Spartengewerkschaften den Hahn zudrehen soll. Den anderen Grund formulierte der Interviewer der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als Frage an den GdF-Vorsitzenden: *»Aber Sie verstehen schon, dass ver.di und der Fraport-Betriebsrat sehr verärgert über die GdF sind, weil beide den Zukunftsvertrag von 2010 zu verantworten haben, in dem sie mit Entgelteinbußen in zweistelliger Millionenhöhe den Erhalt von Arbeitsplätzen im Unternehmen erkauft haben.«* Darauf antwortete Markus Siebers: *»Ich war bei den Verhandlungen nicht dabei. Aber gewerkschaftliche Arbeit kann ja wohl nicht darin bestehen, auszuprobieren, wie weit man noch nach unten gehen kann mit den Entgelten und Arbeitsverhältnissen, von denen man ja ohnehin schon kaum noch leben kann...«*

Unabhängig davon, wer im Einzelnen für das schlechte Verhältnis zwischen ver.di und der GdF verantwortlich ist, ist es aus der Sicht von klassenbewussten Gewerkschaftern völlig inakzeptabel, streikenden Kolleginnen und Kollegen in den Rücken zu fallen. Es ist ja das elementarste gewerkschaftliche Prinzip, dass die stets vorhandenen Widersprüche in den eigenen Reihen in der konkreten Aktion zurück zu stehen haben, weil nur so die eigene Ohnmacht überwunden werden kann. Die Erklärung für das Verhalten von ver.di liegt allerdings darin, dass an der Spitze keine klassenbewussten Gewerkschafter stehen. Der Personalchef von Fraport, Herbert Mai, war seinem Stellenwechsel hessischer ÖTV-Vorsitzender, der ver.di-Vorsitzende Bsirske zuvor Personalchef der Stadt Hannover. Die beiden Namen stehen für das Ganze: Gibt es in den mittlerweile ausgedünnten örtlichen bzw. regionalen Büros der Einzelgewerkschaften durchaus noch sozial engagierte, seltener klassenbewusste hauptamtliche Sekretäre, so verstehen sich die Vorstände der großen Gewerkschaften zunehmend als »ideologiefreie« Manager von Dienstleistungsunternehmen. Diese können dann selbstverständlich – wie überall in der Wirtschaft – zu anderen Unternehmen wechseln. Und das tun sie auch, wie die Beispiele zeigen. In diesem Geiste ist es auch selbstverständlich, dass man konkurrierende Unternehmen am Markt ausschaltet, oder es wenigstens versucht. In den Streiks der Lokführer-Gewerkschaft GdL, wie auch jetzt beim Arbeitskampf der GdF-Kollegen am Flughafen sah der ver.di-Vorstand jeweils Gelegenheiten, konkurrierenden Gewerkschaften das Lebenslicht auszublasen, gemeinsam mit den jeweiligen Arbeitgebern. Diese Art der freiwilligen Unterwerfung unter das kapitalistische »Unternehmenswohl« behindert heute auch eine Verbindung von gewerkschaftlicher Interessenvertretung am Frankfurter Flughafen und dem Protest der Anwohner gegen den zunehmenden Fluglärm – ebenso, wie früher die kritiklose Unterwerfung der Gewerkschaft ÖTV unter die Atomstrom-Unternehmen den politischen Schulterschluss mit der Anti-Atom-Bewegung behinderte.

Im Sommer 2010 hatte der DGB zusammen mit den Arbeitgeberverbänden die Initiative zur »Tarifeinheit« gestartet (Arpo Nr. 4, Oktober 2010). Den kleinen Spartengewerkschaften, die mit ihren Forderungen über dem üblichen Rahmen lagen, wäre mit der Umsetzung der Initiative die Existenzgrundlage genommen worden. Vorangetrieben wurde die Gesetzesinitiative unter anderem vom DGB-Vorsitzenden Sommer, von Frank Bsirske und Berthold Huber ohne Rücksprache mit ihren obersten Gewerkschaftsgremien. Nachdem sich – insbesondere bei ver.di – bis weit in die mittlere Funktionärsebene Widerspruch regte, traten sowohl der ver.di-Vorstand als auch der DGB einen taktischen Rückzug an. *»Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit begraben – Kurs der Kooperation wir fortgesetzt«*, schrieben wir im August 2011 (3/2011). Die Ereignisse am Frankfurter Flughafen belegen: Das Projekt »Tarifeinheit« ist nicht begraben. Die Bundesregierung hat den Unternehmerverbänden versprochen, die zunächst auf Eis gelegte Gesetzesinitiative zur Einschränkung des Streikrechts erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

2. März 2012 ■

1 Im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 21. Feb. 2012

Einige Gesichtspunkte zur Diskussion um die »Griechenland-Rettung«

Bei den Berichten über Griechenland fällt auf, dass offenbar seit langem schon das Parlament Gesetze beschließen kann, wie es will, diese Gesetze aber von der Regierung oder der Staatsverwaltung nicht oder nur teilweise umgesetzt werden. Ein griechischer Minister fasste das bei einer Debatte im Parlament so zusammen: Es gebe in Wirklichkeit in Griechenland keinen Staat. Welches ist die herrschende Klasse, deren Staat das ist, welche Perspektiven hat sie – und was bedeutet das für die lohnabhängigen Klassen?

Nach dem Untergang des byzantinischen Reichs im 15. Jh. wurde Griechenland eine tributpflichtige Provinz des osmanischen Reichs. In der ersten Periode eigneten sich vor allem reiche Türken mit Wucher und Gewalt den kleinen Grundbesitz an. In der letzten Periode der osmanischen Herrschaft waren es dann griechische Feudalherren und reiche Bürger, die es ihnen gleich taten. Im Griechenland vor der Revolution von 1821 war die Hälfte des Bodens im griechischen Besitz, davon war drei Viertel Großgrundbesitz. Es gab reiche Handelskapitalisten; die griechische Handelsflotte (unter russischer Flagge) hatte Ende des 18. Jh. im Mittelmeerraum eine starke Position. Das Handelskapital hier trug kaum zur wirtschaftlichen Entwicklung im Lande selbst bei; es beschränkte sich im Wesentlichen auf den Profit aus den unterschiedlichen Produktionskosten Griechenlands und der europäischen Exportmärkte.

Der Verfall des osmanischen Imperiums, befeuert durch die imperialistischen Großmächte England und Frankreich, förderte die griechische Revolution von 1821, die als soziale Revolution von den Bauern und (klein-)städtischen Bürgern gegen die feudale Herrschaft ausging, die dann aber von führenden Teilen der Feudalherren »übernommen« und in eine nationale Befreiungsbewegung gegen die osmanische Herrschaft übergeleitet wurde. Nach der Installation der Monarchie waren die feudalen Grundbesitzer weiterhin die führende Klasse. Bis zum I. Weltkrieg blieb Griechenland Agrarland; ähnlich wie in Ägypten führte aber auch hier die Blockade während der Kriegsjahre zum Aufbau von Industrien – insbesondere für Nahrungsmittel, Tabak und Textilien. Auch bis zum II. Weltkrieg dominierten in Griechenland Handel und Landwirtschaft. Die wenigen Industrieunternehmen waren überwiegend Monopole mit geringer Arbeitsproduktivität. Es gab praktisch keinen Warenaustausch mit den Anliegerländern. Import- und Exportmärkte waren die USA und Westeuropa. Nach dem II. WK verfestigte sich die geographische Isolierung Griechenlands durch die Blockkonfrontation (Eiserner Vorhang) und anhaltende Konfrontation mit der Türkei. Es gab keine Märkte, auf denen griechische Industrieerzeugnisse hätten konkurrenzfähig sein können. So exportierte Griechenland statt Waren in relativ großer Zahl seine jungen Bürger, die in die USA und später nach Deutschland emigrierten, was einerseits den Arbeitsmarkt entlastete und deren Geldüberweisungen andererseits die Zahlungsbilanz verbesserten. Außerdem kam der Fremdenverkehr als wichtiger Wirtschaftszweig hinzu.

Die Stützung der griechischen Bourgeoisie durch ihre Klassengenossen in den USA und Westeuropa hatte vor allem drei Gründe: Die geographische Lage Griechenlands im Kalten Krieg, die Kriegspartnerschaft gegen Nazi-Deutschland und eine gewisse sentimentale Einstellung vieler Mitglieder der herrschenden Klassen zur »Wiege« der Kultur, auf die sie sich bezogen.

Die Integration Griechenlands in Nato und EWG und später in die EU öffnete zwar die europäischen Märkte für die griechischen Waren, aber ebenso die griechischen für die europäischen Industrieerzeugnisse. Unter diesen Bedingungen konnten die griechischen Bourgeois an Investitionen in einheimische Industrien nicht interessiert sein – folglich investierten sie ihre Gewinne lieber anderswo in der Welt, vor allem in den USA. Das führte in den 60er Jahren zunehmend zu sozialen Spannungen; die Antwort der herrschenden Klassen darauf war die Militärdiktatur ab 1967.

Allerdings konnte auch das Militär an den Rahmenbedingungen nichts ändern; die wirtschaftliche Lage in Griechenland war nach wie vor schlecht und wurde schlechter. Mit seinem Zypern-Abenteuer 1974, mit dem das Militär die »nationale Karte« spielen wollte, gab es der Türkei den Vorwand zur Besetzung Nordzyperns und damit zur Teilung der Insel. Das war dann das Ende der Militärherrschaft, die sich als erfolgreiche Alternative zur Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gesehen hatte. Der Sturz der Militärdiktatur riss auch die Monarchie, die von ihr schon formell abgeschafft wurde, endgültig mit sich.

Die EU brachte über die Strukturfonds Subventionen in erheblicher Höhe; dieses Geld versickerte, wie heute bewiesen ist, ohne dass es nennenswert zum Aufbau oder einer Modernisierung der Industrie oder Landwirtschaft in Griechenland beigetragen hätte. Wie es aussieht, wurde das Geld zum einen Teil in die soziale Befriedung der lohnabhängigen Klassen investiert, indem Arbeitsplätze oder Scheinarbeitsplätze in der staatlichen Verwaltung geschaffen wurden. Zum anderen, wahrscheinlich größeren Teil wurde es von den führenden Bourgeois auf dem Wege über Projekte mit hohen Profiten kassiert, die dann auf Konten in der Schweiz oder den USA landeten oder dort und in Westeuropa investiert wurden. Das ist auch nachvollziehbar, denn an den äußeren Rahmenbedingungen hat sich für die griechische Wirtschaft durch den politischen Wandel in der Welt erst einmal nichts (oder jedenfalls nur sehr wenig)

geändert. Die Handelsströme fließen nach wie vor von den unterentwickelten Ländern des Mittelmeerraums zu den entwickelten Industriestaaten und umgekehrt. Ein Handel zwischen den Entwicklungsländern wird sowohl durch fehlende Verkehrsinfrastruktur als auch durch Mangel an konkurrenzfähigen marktgängigen Produkten behindert.

Unter diesen Umständen dienen die »Rettungspakete« der Euro-Zone überwiegend der Rettung der Finanzinvestoren und Banken, die griechische Staatspapiere halten, und deren Einlösung die »Retter« ermöglichen. Eine Belebung der griechischen Wirtschaft ist damit nicht möglich. Damit ist auch nicht erkennbar, welche Perspektive es für den griechischen Staat geben sollte, wenn es nicht aus der herrschenden Klasse selbst eine Perspektive für dessen Weiterentwicklung – und das heißt: für Modernisierung und profitablere Geschäfte – gibt. Da es diese Perspektive offenbar nicht gibt, verhält sich die griechische Bourgeoisie so, dass sie alle Lasten auf die lohnabhängigen Klassen schiebt und sich im übrigen passiv verhält.

Den Lohnabhängigen bleibt unter diesen Umständen nur, ihr Schicksal mehr oder weniger passiv zu ertragen oder sich dagegen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu wehren. Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers ist ihnen eine nahe liegende gesellschaftliche Alternative erst einmal verbaut; allerdings ist deshalb auch ein Militärputsch weniger wahrscheinlich. Es ist allerdings schwer vorstellbar, wie die beherrschten Klassen Druck gegen eine herrschende Klasse ausüben wollen, die einen Großteil ihrer Kapitalanlagen bereits im Ausland untergebracht hat. Unter solchen Verhältnissen können nur langanhaltende und gut organisierte Kämpfe Erfolge bringen, nicht kurze, und seien es noch so heftige Aufstände.

A., Febr. 2012 ■

ZUR DISKUSSION DER ARTIKEL ZUR EUROKRISE IN DER LETZTEN ARBEITERPOLITIK:

Eurokrise: Die Rolle Deutschlands

In Arbeiterpolitik Nr. 4/2011 wird zur Diskussion zu den beiden Leitartikeln zur Euro- und EU-Krise aufgefordert. Die folgende Kritik richtet sich gegen die Einschätzung der Rolle Deutschlands in der EU im zweiten Artikel *»Von der Eurokrise zur politischen Union«*. Dieser Artikel, so die Stellungnahme im Kasten auf S. 1, behandele die *»nationalen Widersprüche, die durch die Schuldenkrise noch verstärkt werden«*.

Dies ist m. E. unrichtig. Richtig ist vielmehr, dass der Artikel sich auf einen (!) »nationalen Widerspruch« beschränkt, nämlich dem zwischen Deutschland und den 26 übrigen EU-Staaten. Zu kritisieren ist hier 1. der unglückliche methodische Ansatz, eine grundsätzliche Einschätzung der EU mit der Darstellung der Rolle Deutschlands zu vermischen, 2. diese Rolle an der unmittelbaren Nachkriegssituation zu messen anstatt an dem seitherigen Zeitablauf und der heutigen Situation. Der Artikel vermittelt so Eindruck, als bestehe der Hauptzweck der EU darin, den deutschen Imperialismus zu kontrollieren und einzubinden. Die historische Situation nach dem Zweiten Weltkrieg wird damit auf unhistorische Weise in die Gegenwart verlängert. Ein zweites analytisches Problem dieses Artikels besteht m. E. darin, dass zwischen der politischen und der ökonomischen Ebene eine künstliche Trennung gezogen wird. Hierfür sehe ich im Kapitalismus keinen ausreichenden Grund. Im Folgenden bringe ich statt Einzelkritik an den Abschnitten und Sätzen eine Darstellung der Zusammenhänge aus meiner Sicht. Daraus geht hervor, dass von einem »Kommando«, gar von *»Germanisierung Europas«* (S. 6, dort fett unterstrichen!) nicht die Rede sein kann, jedoch auch keineswegs von einer Front der 26 gegen einen.

Der Ursprung

Die EU bzw. ihre Vorläufer wurden gegründet, um Lehren aus der kriegerischen europäischen Vergangenheit zu ziehen. In den historisch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufeinanderfolgenden Phasen ging es real zunächst ganz schlicht um die Beendigung der ständigen Kriege auf dem alten Kontinent, dann alsbald um die Eindämmung der Sowjetunion und ihres geopolitischen Einflusses in Europa, dies aber unterhalb einer unangefochtenen Hegemonie der USA. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und des Staatssozialismus in Osteuropa eröffnete sich nicht nur die Aussicht der Ausdehnung des kapitalistischen Systems in diese Region, sondern auch die Möglichkeit, unabhängig und in Rivalität zur Vormacht USA eigenes weltwirtschaftliches Potenzial und neues weltpolitisches Profil zur Geltung zu bringen. Da auch die großen Nationalstaaten des alten Europas jeweils allein dafür zu klein waren, lag der Gedanke der europäischen Integration nahe, die schließlich solche schwergewichtigen Instrumente wie den Binnenmarkt und die – bis jetzt noch unvollendete – Währungsunion hervorbrachte. *»Die Europäische Union war das Werk der herrschenden Klassen der europäischen Nationalstaaten, und das ist bis heute so geblieben«* (Arbeiterpolitik Nr. 4/2011, S. 2). Insgesamt hat der Erfolg diese Strategie aus Sicht der Herrschenden bestätigt, und inzwischen sind Generationen herangewachsen, die sich etwas anderes wohl kaum vorstellen können.

Die EU ist auf dem gegenwärtigen Stand immer noch ein Staatenbündnis, wenn auch mit wachsender Verbindlichkeit. Sie hat die bisherigen Nationalstaaten nicht ersetzt oder aufgehoben, sondern ein Regelwerk ihrer Zusammenarbeit geschaffen. Es gibt unzählige Definitionen, was eigentlich ein Nationalstaat ist, auch aus marxistischer Sicht. Je enger man die Definition fasst, desto mehr erliegt man der Gefahr einer dogmatischen Beschränkung. Entscheidend ist das Bestehen eines anerkannten Territoriums, einer politischen Herrschaft in diesem Raum und – als subjektiver Faktor – ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung als »Nation«. Wodurch diese bestimmt wird, ist allerdings von Land zu Land sehr verschieden. Ein »hartes« Kriterium ist allein die Staatsangehörigkeit, aber »weiche« Faktoren wie Sprache, Kultur, Geschichte spielen im Bewusstsein der Menschen eine wichtige Rolle. Sie folgen verfestigten Traditionen in sehr unterschiedlicher Interpretation und Gewichtung, wenn man in Europa Deutschland, Frankreich, die Schweiz u.a. miteinander vergleicht.

Man kann das gut nachvollziehen an einem inzwischen beliebten Vergleichsobjekt, den föderal organisierten USA: Dazu gibt es Gedankenspiele, was sie machen würden ohne einheitliche Währung, ohne ihren riesigen Binnenmarkt usw. Die entscheidende Frage ist: Warum klappt das dort im Unterschied zur EU so nahezu reibungslos? Ein zentraler Aspekt liegt darin, dass die ursprünglichen 13 Kolo-

nien bis hin zu den jetzigen 50 Staaten eine völlig andere Geschichte haben. Sie hatten nie die Gelegenheit, die Zeit und den Bedarf, sich zu getrennten Nationalstaaten zu entwickeln. Entstanden sind sie auf der grünen Wiese, durch Völkermord an der Urbevölkerung und Ausrottung von deren ökonomischer Grundlage, der Bisonherden. Die Rebellion gegen London (der äußere Druck also) schweißte sie eng zusammen. Kaum unabhängig, haben sie ihren zunächst lockeren Staatenbund innerhalb weniger, nämlich acht Jahre durch eine echte Verfassung ersetzt, die heute noch gilt, trotz aller populistischen Anfeindungen des »zentralistischen« Washington aus der Provinz. Die EU dagegen schlägt sich mit den gefestigten Traditionen und Interessen jahrhundertealter Nationalstaaten herum.

Rolle Deutschlands

Am Anfang des europäischen Integrationsprozesses stand auch das Sonderproblem der Einbindung Deutschlands. Der deutsche Imperialismus hatte im 20. Jahrhundert zwei Weltkriege angezettelt und verloren, weil die herrschenden Klassen nicht bereit waren, sich weltpolitisch mit einem zweiten Platz hinter Großbritannien oder den USA zu begnügen oder gar innenpolitisch ihrem Zusammenbruch durch eine mögliche sozialistische Revolution ins Auge zu sehen. Die Verbrechen des Nazi-Reiches hatten den Alliierten vor der Weltöffentlichkeit keine andere Wahl gelassen, als die bedingungslose Kapitulation zu fordern und das Land vollständig zu besetzen. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg sollte dem deutschen Imperialismus keine Möglichkeit zu einem erneuten Gemetzel globalen Ausmaßes gelassen werden.

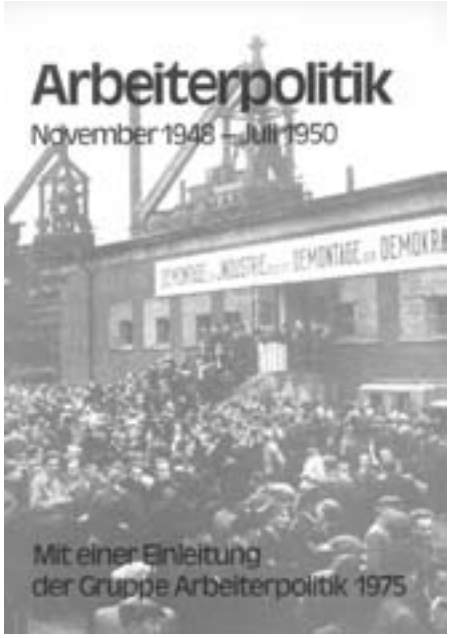
Naturgemäß zählten diese Überlegungen unmittelbar nach Kriegsende sehr viel stärker als in späteren Zeiten. Sie sind aber nie verschwunden. Es gibt ein Misstrauen gegen eine – reale oder vermeintliche – deutsche Vorherrschaft in Europa bzw. vermittels der EU, nur dass die Gefahr heute nicht mehr im militärischen, sondern berechtigterweise im ökonomischen Potenzial gesehen wird. Dies zeigt immerhin, dass der deutschen Bourgeoisie auch bei bedingter Lernfähigkeit und angepasster politischer Strategie die Verfolgung alter Ziele durchaus noch zugetraut wird. Dem steht aber auch sehr wohl gegenüber, dass im Gesamtinteresse europäischer Kapitale eine deutsche bzw. deutsch-französische Führungsrolle in der aktuellen Krise erwünscht scheint. Hierfür sind die Belege in der europäischen Presse unübersehbar. Die Europastrategie der deutschen Bundesregierung – egal, welche Parteien sie tragen – ist eine komplizierte Gratwanderung. Eindeutig aber dient sie den Interessen des Kapitals, ohne dabei auf außen- und innenpolitische Bündnispartner verzichten zu wollen. Die Zeit der Alleingänge und der brachialen Gewalt in der Europapolitik dagegen ist Geschichte.

Vor allem militärisch ist das geklärt. Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg war umfassend und, wie sich dann zeigte, unumkehrbar. Die Wiederaufrüstung wurde nur gestattet, aber auch gefordert in enger Einbindung in die NATO und unter amerikanischer Kontrolle. Atomwaffen wurden völlig untersagt. Dazu kam die Spaltung des Landes und Europas in zwei Teile während der Blockkonfrontation: Der kapitalistische Teil war auf den Schutz der USA angewiesen und fügte sich ihrer Hegemonie. Das alles hieß aber nicht, dass deutsche Politik untätig war. Die Schaufensterfunktion an der Nahtstelle zum sozialistischen Lager wurde konsequent genutzt, um den Wiederaufstieg vorzubereiten, der diesmal auf ökonomischer Macht (und Anziehungskraft) beruhte. Auf diesem Wege kam es zur Wiederherstellung eines gesamtdeutschen Staates, zur Ausdehnung der EU nach Osteuropa und sogar wieder zu einer militärischen Rolle Deutschlands, wenn auch – von Ex-Jugoslawien abgesehen – außerhalb Europas und letztlich unter dem Kommando oder im Windschatten der USA.

Dies ist, in der Wahl der Strategie, eine völlig andere Rolle als in der ersten und in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Dass Deutschland zwei Weltkriege verlor und, im Ergebnis davon, während des Kalten Krieges kein wirklich souveräner Staat war, hat auch im Führungspersonal der herrschenden Klasse Spuren hinterlassen. Offen imperialistisches Auftreten müsste erst einmal wieder gelernt werden. Dagegen sprechen aber die realen Kräfteverhältnisse. Deutschland hat z. B. keinen Sitz im UN-Sicherheitsrat und wird ihn nicht bekommen; aber Frankreich und Großbritannien sitzen dort. Beide Mächte sind auch eher als Berlin in der Lage, militärisch selbstständig aufzutreten wie zuletzt in Libyen; die Umrüstung der Bundeswehr dagegen ist noch nicht so weit und kostet sehr viel Geld.

Deutschland ist in die EU eingebunden, aber in dieser Einbindung aufgrund seines ökonomischen Gewichts dominant. In der aktuellen Krise als europäische Staatsschuldenkrise wird das besonders deutlich. Alle EU-Staaten müssen sehen, wie sie gemeinsam, gleichzeitig aber auch in Konkurrenz zueinander herauskommen. Hierbei erweist sich die deutsch-französische Kooperation als Zentrum, dem sich die anderen mehr oder weniger ein- bzw. unterordnen. Seit 2010 versucht Berlin, in gesamteuropäischen und engeren Gipfeltreffen eine stabilitätsorientierte Politik durchzusetzen, die den wirtschaftlich schwächeren Ländern die Krisenlasten aufbürdet und damit das deutsche Kapital zum Profiteur der Krise macht. Gleichzeitig aber führt dieser Kurs, der der »Rettung« des europäischen Bankensystems dienen soll, zu weiteren Integrationsschritten, weil Instrumente wie »Rettungsschirme« und »Schuldenbremsen« im europäischen Rahmen beschlossen und als »Sparpakete« national umgesetzt werden. Die Ambivalenz dieser Politik ist die Folge davon, dass der EU ein echtes Führungszentrum (siehe Washington) fehlt.

29. Dezember 2012 ■



440 Seiten A5
Broschur
7,50 EUR

Reprint **Zeitschrift Arbeiterpolitik**
November 1948 bis Juli 1950,
einschl. »Offene Worte an Kommunisten«

ZUR DISKUSSION DER ARTIKEL ZUR EUROKRISE IN DER LETZTEN ARBEITERPOLITIK:

Europa in Zeiten weltwirtschaftlicher Labilität und politischer Vertrauenskrise

Rückblende: Im Vorfeld der Währungsunion erklärten Euro-Befürworter, die Gemeinschaftswährung würde die politische Einheit Europas vorantreiben. Unter den Bedingungen von Binnenmarkt und einheitlicher Geldpolitik bliebe den Regierungen der Mitgliedsstaaten gar nichts anderes übrig, als ihre Politiken aufeinander abzustimmen und Kompetenzen an die EU abzugeben. Wer aus der Reihe tanzt, würde durch steigende Zinsen, Kapitalflucht, Schuldenkrise und Rezession bestraft und vor die Wahl gestellt, sich dem wirtschaftspolitischen Diktat von Märkten, EU-Bürokratie und Gläubigerstaaten zu beugen oder aus dem gemeinsamen Haus Europa auszuziehen. Genau so ist es gekommen: Am Beispiel Griechenlands wird den ökonomisch und politisch ungleich bedeutenderen EU-Mitgliedern Italien, Spanien und Portugal der Entzug nationaler Souveränität durch Gläubiger, EU- und IWF-Bürokratie vorexerziert. Dieser Behandlung können sie sich durch eigene Sparanstrengungen oder Austritt entziehen. Im ersten Fall müssen die Regierungen von Schuldnerstaaten den Anspruch, die Interessen des von ihnen repräsentierten Wahlvolkes wahrzunehmen, aufgeben und offen als Vertreter des nationalen wie internationalen Finanzkapitals auftreten. Diese offene Diktatur des Finanzkapitals stellt jedoch die Form der repräsentativen Demokratie in Frage und damit auch die politische Geschäftsgrundlage der Europäischen Union. Mitglied der EU, so wollen es die EU-Verträge, können nur demokratisch und marktwirtschaftlich verfasste Länder werden. Die Einheit von Marktwirtschaft und Demokratie wird von der Euro-Krise auf die Probe gestellt. Dies gilt auch im Falle eines Austritts aus der Währungsunion oder der EU insgesamt. Die politische Einheit, die der Euro vorantreiben sollte, ginge damit in die Binsen.

Ob sich Marktwirtschaft und Demokratie außerhalb der EU besser entfalten oder gar dem Einfluss des Finanzkapitals entziehen könnten, ist quer durchs politische Spektrum umstritten. Ganz rechts wird die Bewahrung nationaler Souveränität gegen EU und internationales Kapital propagiert, die Demokratie zur Disposition gestellt und dem Mythos einer Volkswirtschaft im Unterschied zur Weltwirtschaft hinterher gerannt. Mitte links wird über Demokratisierung des politischen Systems und Regulierung der Märkte innerhalb oder außerhalb der EU diskutiert, während ein EU-Austritt ganz links als unabdingbare Voraussetzung von Demokratie und Sozialismus ins Spiel gebracht werden. In der Mitte werden noch der Glaube an den Fortbestand der EU in ihrer gegenwärtigen Form und die Wirksamkeit der sogenannten Rettungspakete gepflegt. Doch auch in der Mitte macht sich die Sorge breit, mit der Fortsetzung und Verschärfung der Sparpolitik würde nicht die Zahlungsfähigkeit öffentlicher Schuldner wiederhergestellt, sondern der nächsten Rezession Vorschub geleistet.

Ungleichgewichte und Stagnationstendenzen in EU und Weltwirtschaft

Kritik an den Rändern und Selbstzweifel in der Mitte des politischen Spektrums sind mehr als berechtigt. Die Forderungen privater Kreditgeber übersteigen die Zahlungsfähigkeit privater und öffentlicher Schuldner bei weitem; nur dauernde Stundungen und Umschuldungen, zu denen auch die Rettungspakete für Griechenland zählen, konnten eine allgemeine Bankenkrise bislang verhindern. Unter diesen Bedingungen besteht die Gefahr, dass eine lockere Geldpolitik weniger den Kauf von Investitions- und Kon-

sumgütern anregt und statt dessen zu neuen Finanzblasen führt. Andererseits droht vom Tritt auf die EU-Schuldenbremse eine Verschärfung der ohnehin bestehenden Rezessionstendenzen innerhalb Europas. Dies gilt umso mehr, als Konjunkturforscher mittlerweile vor einer Abkühlung des Wachstums, wenn nicht gar einer Krise in der EU und den BRIC-Staaten warnen. Während der Großen Rezession 2008/9 hatten letztere, wenn auch in begrenztem Maße, zur Stabilisierung der Weltkonjunktur beigetragen. Angesichts der gegenwärtigen Stagnationstendenzen in der Weltwirtschaft wird die Versuchung, die eigene Konjunktur zu Lasten anderer zu fördern, zunehmen. Diese, in Keynes Worten, Beggar-Thy-Neighbour-Politik hat schon seit geraumer Zeit zu massiven Ungleichgewichten zwischen Gläubiger- und Schuldnerstaaten bzw. Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen und solchen mit entsprechenden Defiziten geführt. Dies gilt innerhalb der Euro-Zone, in der sich ein Gläubigerblock aus Deutschland, Finnland, den Niederlanden und Österreich und ein Schuldnerblock aus Frankreich, Italien, Griechenland, Portugal und Spanien gegenüberstehen. Entsprechende Ungleichgewichte gibt es darüber hinaus zwischen den Defizitländern USA und Britannien und Fertigwaren- bzw. Rohstoffexporteuren wie China, Taiwan, Russland und Saudi Arabien.

Japan, dass in den 1980er Jahren von den Medien als aufstrebende Wirtschaftssupermacht präsentiert wurde, erzielt aufgrund seiner Auslandsinvestitionen und den Gewinnen, die diese an die Konzernzentralen überweise, zwar immer noch leichte Leistungsbilanzüberschüsse, weist aber mittlerweile erhebliche Defizite in der Handelsbilanz auf. Eine deutliche Warnung an alle Länder, die eine export-orientierte Wachstumsstrategie verfolgen. Ende der 1980er Jahre lösten Bauinvestitionen und Immobilienspekulation den Export zunehmend als Wachstumsmotor ab. Anfang der 1990er Jahre kam es zu einer tiefen Börsen- und Finanzkrise. In deren Folge wechselten sich kontraktive und expansive Wirtschaftspolitik beständig ab. Einmal sollten die öffentlichen Defizite reduziert, dann wieder die Wirtschaft angekurbelt werden. Am Ende wurde keines dieser Ziele erreicht; die japanische Wirtschaft verfiel in die Stagnation, die einstmals hohen Haushaltsersparnisse schmolzen dahin, private und öffentliche Schulden erreichten astronomische Höhen, und die japanischen Unternehmen verlagerten zunehmende Anteile ihrer Wertschöpfung ins Ausland.

Eine ähnliche Zukunft könnte die EU vor sich haben. Das Durcheinander von fiskalpolitischen Schuldenbremsen, geldpolitischer Expansion und staatlichen Kreditbürgschaften erinnert jedenfalls stark an die widersprüchliche Wirtschaftspolitik, die in Japan seit Beginn der 1990er Jahre praktiziert wurde. Allerdings hat sich das weltwirtschaftliche Umfeld seither erheblich eingetrübt. In den 1990er Jahren, nach dem Zerfall des Sowjetimperiums und dem endgültigen Einschwenken Chinas auf den kapitalistischen Entwicklungspfad, konnten neue Anlagesphären und Absatzmärkte erobert werden. Japanische Unternehmen waren am Investitionsboom in China ebenso beteiligt wie westeuropäische Unternehmen an der kapitalistischen Durchdringung Osteuropas, und US-Konzerne bauten ihre Führungsrolle als globaler Investor aus. Gleichzeitig erfolgte die Computerisierung aller Wirtschaftsbereiche. Auch wenn die Börsenwerte dem realen Wachstum während des New Economy Booms immer weiter vorauseilten, kann nicht geleugnet werden, dass die Kombination von kapitalistischer Expansion und technologischer Revolution auch die Akkumulation produktiven Kapitals vorantrieb. Nachdem neue Anlagen installiert und bestehende auf Computertechnik umgestellt waren, stieß dieser Investitionsboom allerdings an Grenzen. 2001 platzte nicht nur die dot.com-Spekulationsblase, sondern es kam auch zu einer weltweiten Rezession. Um die erheblich angewachsenen Produktionskapazitäten auszulasten, musste Nachfrage geschaffen werden. Da keine weiteren nicht-kapitalistischen Länder zu erobern waren, die Reallöhne in den meisten Ländern stagnierten oder sanken und sich die Finanzminister ebenfalls mit ihren Ausgaben zurückhielten, wurde die Verschuldung privater Haushalte, insbesondere, aber keinesfalls ausschließlich in den USA, zur entscheidenden Nachfragequelle. Nach dem Börsenkrach 2001 schnell wieder ansteigende Kurse weckten den Schein steigenden Reichtums, der von Banken allzu gern für bare Münze genommen und großzügig als Kreditsicherheit anerkannt wurde. Auf diese Weise wurde der kreditfinanzierte Konsum zum Motor der Weltwirtschaft von 2001 bis 2008. Der danach einsetzende scharfe Einbruch der Weltwirtschaft konnte durch massives wirtschaftspolitisches Gegensteuern, einer Art konzertiertem globalen Keynesianismus, schnell eingedämmt werden und war zwischen alten kapitalistischen Zentren und den aufstrebenden BRIC-Staaten höchst ungleich verteilt. Seither hat sich die Weltkonjunktur zwar wieder stabilisiert, dafür ist in den am stärksten von der Rezession betroffenen Ländern, in denen auch die krisenbedingten Schulden am stärksten zugenommen haben, der politische Druck in Richtung Haushaltssanierung erheblich gewachsen. Die EU-Schuldenbremse ist hierfür nur ein Beispiel, der Konflikt um den US-Haushalt 2012 zwischen Demokraten und Republikanern bzw. zwischen republikanischem Establishment und anti-staatlicher Tea Party ist ein anderes. Gleichzeitig versorgt die Geldpolitik die Wirtschaft weiter großzügig mit Geld, dies gilt nicht nur für die amerikanische Federal Reserve Bank, sondern auch für die Europäische Zentralbank. Letztere pflegt zwar eine monetaristische Rhetorik, verfolgt aber ebenso wie die Fed einen expansiven Kurs, zum Beispiel durch den Ankauf von Staatspapieren, bei dem es dem monetaristischen Meisterdenker Friedman gegraust hätte. Die transatlantische Mischung aus kontraktiver Haushalts- und expansiver Geldpolitik führt nicht unbedingt zum wirtschaftlichen Zusammenbruch, Wachstum und Schuldenabbau wird sie aber ganz sicher nicht bewirken.

In China, der Wachstumshoffnung der krisengeplagten Regierungen des Westens, hat die Exportabhängigkeit seit der Großen Rezession und trotz der damals rasch und in erheblichem Umfang ergriffenen binnenwirtschaftlichen Ankurbelungsmaßnahmen weiter zugenommen. Gleichzeitig hat sich in der Binnenwirtschaft jene Mischung aus Spekulations- und Schuldenboom herausgebildet, die in den kapitalistischen Zentren des Westens 2008/9 zur Krise geführt hat. Mittlerweile mehren sich die Stimmen, die China nicht nur eine Verlangsamung seines historisch beispiellosen Wirtschaftsaufschwungs, sondern sogar einen drastischen Wachstumseinbruch voraussagen. Drastisch zunehmende Schulden und Spekulation plagen auch die Regierungen Brasiliens und Indiens. Im Gegensatz zu China stehen dahinter aber weniger inländische Ersparnisse als ein Zustrom ausländischen Kapitals. Nachdem die Regierungen der westlichen Metropolen faule Kredite mit Staatsgeldern vor der Entwertung gerettet haben, verfügen die Geldvermögensbesitzer dieser Metropolen weiterhin über riesige Geldmittel, für die sie rentable Anlagemöglichkeiten suchen, in der Heimat angesichts mehr oder minder stagnierender Wirtschaftsentwicklung aber nicht finden können. Dagegen verspricht das solide Wachstum in Ländern wie Brasilien und Indien ordentliche Profitaussichten. Die Investitionen in beiden Ländern, insbesondere in Indien, können problemlos aus inländischer Ersparnis

finanziert werden, so dass der Zustrom ausländischen Kapitals im wesentlichen Kredit-finanzierten Konsum und Börsenspekulation anheizt; eine Mischung, die aus den westlichen Metropolen aus der Zeit vor der Großen Rezession wohl bekannt ist und den Regierungen in Brasilia und Neu-Dehli Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Die Weltwirtschaft insgesamt befindet sich zur Zeit nicht in einer akuten Krise, ist aber äußerst labil. Sollte die EU versuchen, die Nachfrageausfälle, die sie im Binnenmarkt durch den Tritt auf die Schuldenbremse verursacht, durch Exportüberschüsse zu kompensieren, sind handelspolitische Konflikte mit den USA sowie den Regierungen der BRIC-Staaten vorprogrammiert. Eine Abwärtsspirale, bei der die Regierungen einzelner Länder oder Ländergruppen durch Währungsabwertung oder andere Maßnahmen versuchen, sich gegenseitig Marktanteile abzujagen, konnte bislang vermieden werden. Es gibt aber keinerlei Garantie dafür, dass die koordinierten Maßnahmen, die im Winter 2008/9 von den G-20-Staaten zur Krisenbegrenzung beschlossen wurden, nicht eines Tages von gegenseitiger Abgrenzung und Blockbildung abgelöst werden. Angesichts der Labilität der Weltwirtschaft bedarf es hierfür nicht einmal protektionistischer Strategien. Relativ bescheidene Maßnahmen eines Landes, von der Einführung einer Kapitalverkehrskontrolle bis zur weiteren Ausweitung der Geldmenge und hierdurch bewirkter Abwertung können angesichts der allseits herrschenden Unsicherheit und Nervosität ausreichen, um Gegenmaßnahmen und damit jene Abwärtsspirale auszulösen, die alle Beteiligten eigentlich vermeiden wollten. Dass die innerhalb der EU gegenwärtig tonangebenden Kräfte, also besonders die Regierungen der Gläubigerstaaten, die angesichts dieser Labilität gebotene Vorsicht in Sachen internationaler Wirtschaftsbeziehungen walten lassen, ist keineswegs ausgemacht. Nur zur Erinnerung: Die EU als Ganzes weist eine mehr oder minder ausgeglichene Leistungsbilanz auf, es sind einzelne ihrer Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschland, die gegenüber EU- und Nicht-EU-Staaten erhebliche Überschüsse aufweisen. Diese Länder sind zugleich die Gläubigerstaaten, die Schuldenbremse und EU-Rettungsfonds samt der darin festgeschriebenen Ausgabenkürzungen durchgedrückt haben. In den herrschenden Klassen dieser Länder ist durchaus die Meinung verbreitet, dass die eigenen Exporterfolge als Modell für andere Länder betrachtet werden sollten. Dass die Überschüsse des einen Landes die Defizite eines anderen sind, ist dieser Vorstellungswelt völlig fremd. Wer diese Binsenwahrheit aber missachtet und statt dessen Exportüberschüsse um jeden Preis anstrebt, begibt sich gewollt oder ungewollt auf Konfliktkurs mit den Regierungen anderer Länder.

Legitimationskrise des Neoliberalismus und der EU

Die Labilität der Weltwirtschaft korrespondiert mit der Labilität des politischen Systems. Auf den ersten Blick ist der Neoliberalismus aus der Großen Rezession, die von einem kurzen Moment keynesianischer Intervention begleitet bzw. eingedämmt wurde, gestärkt hervorgegangen. Löhne und Sozialausgaben senken, Sozial- und Umweltstandards senken und öffentliches Eigentum privatisieren; dieser Maßnahmenkatalog wird den akut von einer Schuldenkrise betroffenen Ländern wie Griechenland zur Krisenüberwindung vorgeschrieben und dient den Regierungen der Gläubigerländer als Leitfaden der Krisenprävention. Bei dem wenig überraschenden Versuch der herrschenden Klassen, die Krisenlasten den subalternen Klassen aufzubürden, hört die Eintracht aber auch schon auf. Wie oben bereits geschildert, gibt es mit Blick auf die makroökonomische Politik massive Widersprüche zwischen den Haushaltssanierern um jeden Preis, den Bankenrettern um jeden Preis sowie einem pragmatischen Mittelfeld, dessen Spieler die Haushaltssanierung im Prinzip bejahen, praktisch aber lieber auf die lange Bank schieben wollen. Angesichts so viel Uneinigkeit unter den Herrschenden fallen viele der Beherrschten vom neoliberalen Glauben ab und suchen nach Alternativen. Völlig zu recht bezieht sich deren Skepsis gegenüber neoliberalen Krisenlösungen auch auf die EU, die schon zu Zeiten als sie noch Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hieß und gegenüber den Sozialstaaten ihrer Mitgliedsstaaten wenig zu melden hatte, die Prinzipien von Privateigentum und Freihandel gegenüber sozialem Ausgleich und demokratischer Mitsprache hochgehalten hat. Dies änderte sich in den 1970er Jahren, als eine Reihe von Wirtschafts- und Fiskalkrisen die zuvor bestehende Balance zwischen Sozialstaat und Demokratie einerseits und uneingeschränkter Verfügungsgewalt des Privateigentums andererseits zu Gunsten letzterer Verschob.

Die Krisensymptome der 1970er Jahre, Rückgang der Investitionen und Anstieg von Preisniveau, Staatsschulden und Arbeitslosigkeit, konnten dem ungesunden Wirken von Gewerkschaften, Sozialstaat und Protestbewegungen angelastet werden. Diese hätten, so das neoliberale Kernargument, Leistungsanreize zerstört und zum schönen Leben auf Staatskosten eingeladen. Als Folge sei das Wirtschaftswachstum eingebrochen und Reallöhne und Sozialausgaben weit über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinaus angestiegen – mit den unausweichlichen Folgen von Inflation und steigender Staatsverschuldung. Empirische Daten legen zwar nahe, dass diese Argumentation Ursache und Wirkung verwechselt, im medialen Meinungskampf gingen solche Feinheiten aber meistens unter, so dass sich auch unter vielen, deren soziale Sicherheit vom Sozialstaat geschützt wurde, die Meinung durchsetzte, es sei Zeit für mehr Markt.

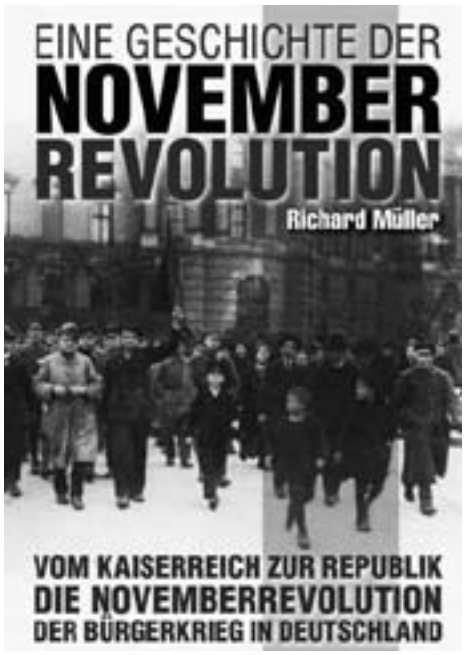
In Europa wurden EU-Binnenmarkt in den 1980er und Währungsunion in den 1990er Jahren zu Motoren marktwirtschaftlicher Reform. Diese Projekte wurden von Anfang an mit einer gewissen Skepsis betrachtet: Obwohl selbst der Marktwirtschaft verpflichtet, erschien die EU vielen als eine weitere teure und unnütze Bürokratie;

296 Seiten A5
Broschur
8,00 EUR

manche störten sich, völlig zurecht, auch daran, dass das Schalten und Walten der EU demokratischer Kontrolle weitgehend entzogen war. Dass in der EU vor allem die auf nationaler Ebene gewählten Regierungen das Sagen haben, sich auf dem Umweg über das Brüsseler Institutionsdickicht aber gern der Kontrolle ihrer Wählerschaft entziehen, verstanden die Wenigsten. Am neoliberalen Inhalt von EU-Binnenmarkt und Währungsunion störten sich in den späten 1990er Jahren zwar globalisierungskritische Bewegungen wie attac und Europäisches Sozialforum, aber trotz mitunter erstaunlicher Mobilisierungserfolge blieb die Hegemonie des Neoliberalismus weitgehend erhalten. Dies hat sich seit der Großen Rezession drastisch geändert.

Die Schuldenkrisen in Griechenland und anderen südeuropäischen Ländern werden in den Medien zwar weiterhin als Folge eines überbordenden Sozialstaates dargestellt – Motto: Fleißige Deutsche zahlen nicht für faule Griechen – doch diese Rhetorik verfängt nur noch bedingt. Auch in Deutschland und anderen Gläubigerstaaten haben diejenigen, die nicht über Geld oder andere Vermögen verfügen, erleben müssen, dass Arbeitsplätze und Wohlstand, die ihnen als Belohnung für das Gürtel-enger-Schnallen in der Gegenwart versprochen worden sind, nicht gekommen sind. Die neoliberalen Versprechungen, die in den 1970er Jahren als verlockende Abwechslung gegenüber dem immer tristeren Alltag sozialstaatlicher Mängelverwaltung erschienen, klingen in der Tristesse des neoliberalen Alltags hohl und lassen den Wunsch nach Veränderung wach werden. Das kann in jede Richtung losgehen. Rechtspopulisten vom Schlage Wilders und Sarrazin gerieren sich als Sachwalter nationaler Interessen gegenüber der Selbstbedienungsmentalität im Süden Europas, aber auch bei EU-Bürokratie und Banken. Dagegen appellieren sie an die nationale Wertschöpfungsgemeinschaft, die keine Klassen und Parteien, jedenfalls keine linken, kennt. Sobald der Rechtspopulismus in die Nähe der Regierungsverantwortung kommt, wie Wilders' Freiheitliche Partei in den Niederlanden oder die Dänische Volkspartei, kann die Attraktivität der vermeintlichen Alternative zum Neoliberalismus schnell Schaden nehmen, in jüngsten Meinungsumfragen sind die Sozialisten zur stärksten Partei vor Christ- und Sozialdemokraten, aber auch weit vor den Freiheitlichen aufgestiegen. In Dänemark wurde eine von der rechtspopulistischen Volkspartei tolerierte konservativ-liberale Koalition durch eine sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung abgelöst. Andererseits übt der Rechtspopulismus Druck aus, den Kurs gegenüber Schuldnerländern in der EU weiter zu verschärfen. Damit weitet sich der Keim der Beggar-Thy-Neighbour-Policy auch innerhalb der EU aus. Andererseits kann von sozialdemokratischen Wahlerfolgen in Dänemark, denen wahrscheinlich die Wahl eines sozialistischen Präsidenten in Frankreich folgen wird, keine Änderung des gegenwärtigen Kurses in der Wirtschaftspolitik erwartet werden. Die Erfahrungen mit der Dritte-Weg-Sozialdemokratie in den 2000er Jahren haben gezeigt, dass Sozialdemokraten kein wie auch immer erneuertes Sozialstaatsprojekt verfolgen. Daher ist es auch nicht überraschend, dass die sozialdemokratischen Regierungen in den Krisenländern Spanien und Portugal im vergangenen Jahre vernichtende Niederlagen hinnehmen mussten, ihren griechischen Parteifreunden sagen Meinungsumfragen ein ähnliches Schicksal voraus. In diesen Ländern ist der Faden zwischen Regierungen, die unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit die Sparauflagen der EU umzusetzen versuchen, und Bevölkerung zum Zerreißen gespannt. Diese Spannung hat seit Ausbruch der Krise immer wieder zu Demonstrationen und Proteststreiks, mitunter riesigen Ausmaßes geführt, aber bislang keine Bewegung zustande gebracht, die eine Alternative zum neoliberalen Europa nicht nur propagieren sondern, zumindest in Ansätzen, auch durchsetzen könnte. Die Zusammenarbeit mit linken Kräften in den Gläubigerstaaten sowie die Mobilisierung in diesen Ländern stecken noch in den Kinderschuhen. Ob sich daran etwas ändern wird, ist offen. Die erstarrten Verhältnisse des neoliberalen Kapitalismus sind jedenfalls in Fluss gekommen, Die vorgeschlagenen Alternativen sind höchst verschwommen aber die Suche nach ihnen findet Anhänger. Eine offene Situation, in der vieles möglich wird, aber auch alles verspielt werden kann – auf der Rechten wie auf der Linken.

I.S., Kanada, 27. Februar 2012 ■



Neuausgabe aller drei Bände aus den 20er Jahren in einem Band – 750 Seiten.

ISBN 978-3-00-035400-7 19,95 EUR

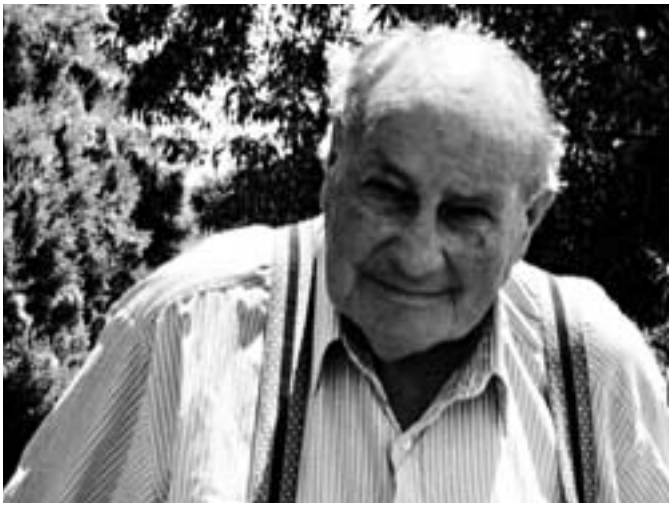
Ein Aktivist der Novemberrevolution von 1918 erzählt – über seinen Weg von der Fabrikhalle auf die Straße bis an die Spitze der Revolutionsregierung. Richard Müller verlangte weder sozialen Kapitalismus noch den Einparteienstaat. Wie Hunderttausende kämpfte er für eine wirtschaftliche Demokratie auf Basis von Betriebsräten, in der die Arbeitenden selbst über Produktion und Politik entscheiden würden.

Müller beschreibt, wie sich aus einer gewerkschaftlichen Friedensbewegung eine Revolution entwickelte - und scheiterte. Seine erstmals 1924 eschienenen Bände inspirierten Historiker wie Sebastian Haffner und Literaten wie Theodor Plivier, sie sind Standardwerk und Geheimtipp zugleich. Mit der vorliegenden Neuausgabe sind sie erstmals in einem Band versammelt.

Zusätzlich zu diesem interessanten Band ist für 1,50 EUR über die Internetseite: www.arbeiterpolitik.de zu erwerben:
Die ausführliche Einleitung (41 Seiten) des 1974 bei Olle & Wolter erschienen Nachdrucks von Frank Dingel.

Roy Thalheimer (1921 – 2012)

Der Verfasser dieses Nachrufes lebt in Australien und hat in den letzten Jahren mehrfach Roy Thalheimer besucht. Die dabei entstandenen Tonaufzeichnungen sind Grundlage des folgenden Textes. (Red.)



Roy Thalheimer, im Herbst 2011

Am 5. Februar 2012 ist Roy Thalheimer im Alter von 90 Jahren in Bendigo gestorben. Bendigo, im australischen Bundesstaat Victoria im Süden des Kontinents, war die letzte Station in einem bewegten Leben, das Roy in seinen beiden ersten Lebensjahrzehnten von Berlin über Moskau, Paris, Oslo und London sowie zahlreiche weitere Stationen schließlich in seine neue australische Heimat führte, wo er 1940 unter recht dramatischen Umständen anlangte.

Geboren wurde er am 10. August 1921 in Berlin als Sohn von Claire Thalheimer (geb. Schmidt) und August Thalheimer. Seine Eltern gaben ihm den Namen Ruben, sie hatten sich 1914 kennengelernt und 1916 geheiratet. Wenige Tage nach der Novemberrevolution 1918 hatte seine Schwester Sita in Stuttgart das Licht der Welt erblickt. Ruben, drei Jahre jünger, wurde nur sehr selten mit diesem Namen gerufen, die Eltern und die familiäre Umgebung nannten ihn stets »Bübchen«.

»Bübchen« wurde in unruhige Zeiten hinein geboren. Deutschland befand sich nach dem Ersten Weltkrieg in einer tiefgreifenden ökonomischen, sozialen und politischen Krise. Sein Vater war einer der zentralen Protagonisten in dieser Zeit. August Thalheimer kam vom linken Flügel der deutschen Vorkriegssozialdemokratie, hatte den Spartakusbund und später die KPD mit gegründet und stand zu Beginn der 1920er Jahre zusammen mit Heinrich Brandler an der Spitze dieser noch jungen, aber doch im europäischen Vergleich äußerst starken und mächtigen Partei. Das weitere Schicksal seines Vaters als führender Persönlichkeit des deutschen und internationalen Kommunismus sollte ganz wesentlich auch das Leben des Sohnes Ruben/Roy beeinflussen. Roy hat die Verfolgungen, die seinem Vater gegolten haben, auch dann noch teilen müssen, als er schon lange von der Familie getrennt lebte.

1924 gingen die Thalheimers nach Moskau. Dorthin war August beordert (er nannte das »kominterniert«) worden, nachdem er wegen innerparteilicher Richtungskämpfe von seinen Führungspositionen in der KPD abgelöst worden war. August lehrte in Moskau als Professor für Philosophie an der Sun-Yat-Se-Universität und war in der Kommunistischen Internationale aktiv. Die Familie wohnte in Moskau im Hotel Lux. Rubens erste Lebenserinnerungen sind mit Moskau verbunden: wie Lenins Lebensgefährtin, die Krupskaja, ihn in ihrer Wohnung im Kreml auf den Knien geschaukelt hat, wie die Kinderfrau ihn zum Spielen in den Gorki-Park gebracht hat, wie seine Mutter versuchte, der Wanzen und Ratten im Hotel Lux Herr zu werden, , wie die obdachlosen Straßenkinder auf den rückwärtigen Plattformen der Straßenbahnen mitfuhren, wie die chinesischen Studenten seines Vaters zu Besuch kamen u.a. Kamenew und Sinowjew den Vater im Hotel Lux besuchten.

Im Sommer 1928 gingen Claire und ihre Kinder nach Berlin zurück, weil die Mutter sich einer schweren Operation unterziehen musste. Der Vater konnte im Herbst 1928 das Moskauer »Ehrenexil« gegen den Willen der KPD-Führung unter Thälmann verlassen und der Familie nach Berlin folgen. Nachdem Thalheimer und Brandler und zahlreiche weitere KPD-Funktionäre wegen ihrer Kritik an der Linie der deutschen Parteiführung aus der KPD herausgedrängt wurden, gründeten sie zum Jahreswechsel 1928/29 die KPD-Opposition, die zum Sammelbecken der deutschen Kommunisten wurde, die sich der kritiklosen Unterwerfung unter die Direktiven der sowjetischen Partei widersetzen und eine den deutschen Verhältnissen angemessene kommunistische Politik verfolgen wollten.

In Berlin hat die Familie Thalheimer zuerst in einer bescheidenen Wohnung im »zweiten Hinterhof« im Stadtteil Friedenau gewohnt. Später sind sie von dort auf Drängen der Mutter umgezogen ins vornehmere Wilmersdorf. Hier wurde Ruben eingeschult. Er ist zunächst in die Volksschule in Wilmersdorf gegangen. Nach der Volksschule kam er ebenso wie seine Schwester Sita in die Karl-Marx-Schule im Arbeiterbezirk Neukölln. Die Karl-Marx-Schule war eine Reformschule mit progressiven Unterrichtsprinzipien. Diese »Einheitsschule« (Gesamtschule) wurde geleitet von dem bekannten Reformpädagogen Fritz Karsen. Die Schüler kamen vor allem aus linken Intellektuellen-Familien. Ruben war im Alter von 10 bis 12 Jahren dort (1931 bis 1933). Er betonte später, er habe an dieser Schule »selbständiges Denken« gelernt. Auch der Vater bemühte sich, seine Kinder zu solchem kritischen Denken zu erziehen. Er sorgte dafür, dass Ruben und seine Schwester zu dieser Zeit

Im Hotel Lux, Roter Saal, von links:
Ruben Thalheimer, Susanne Alexander, Niki Pollak, Geschwister Seidel, Foto von Karl E. Alexander

Deutsche Schule in Moskau, Dezember 1925.
Sita Thalheimer untere Reihe, Dritte von rechts

schon eine eigene Bibliothek von rund 100 Büchern hatten, Romane von B. Traven und Erzählungen von Edgar Allen Poe darunter. Zudem war Ruben das jüngste Mitglied der örtlichen Leihbücherei. Dem zwölfjährigen Ruben empfahl der Vater: *»Du solltest Spinoza lesen. Dort findest Du Antworten auf alle Deine Fragen«*.

In der Familie herrschte strenge Disziplin. Ruben musste beim Großreinemachen helfen, das Geschirr spülen, Einkäufe erledigen und sich sein Taschengeld mit Teppichklopfen und Treppenhausreinigen verdienen. Arbeitete der Vater nicht im Büro des von der KPD-O gegründeten Junius-Verlags sondern zu Hause, mussten die Kinder mucksmäuschenstill sein. Ruben war ein begeisterter Sportler, Langlauf und Schwimmen lagen ihm besonders. Die Sommerferien verbrachte er bei Eduard Fuchs, mit dem sein Vater an der Herausgabe der Schriften von Franz Mehring zusammen arbeitete, in dessen großer Villa im vornehmen Berlin-Dahlem.

Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wurde die Karl-Marx-Schule von SA besetzt und geschlossen. Die Mutter schickte daraufhin Ruben und Sita auf eine jüdische Schule in der Nähe vom Tiergarten. Zum ersten Mal begriff er, dass er etwas mit Jüdisch-Sein zu tun hatte. Bis dahin hatte die Mutter, die aus einem protestantisch-lutherischen Elternhaus kam, die Kinder mit evangelischen Kirchenliedern und dem Feiern christlicher Feste wie Weihnachten großgezogen. Dass der Vater aus einer jüdischen Familie stammte, war überhaupt kein Thema im Hause Thalheimer gewesen. Ebenso wenig war mit den Kindern über Politik und die politische Rolle des Vaters gesprochen worden. Ruben nahm seinen Vater als schwer beschäftigten Journalisten wahr, der morgens spät aufstand und bis tief in die Nacht arbeitete – und wegen seiner Arbeit kaum Zeit hatte, sich um seine Kinder zu kümmern.

Dennoch wurde Ruben noch nach Januar 1933 als Kurier eingesetzt, der Nachrichten (die in unsichtbarer Tinte geschrieben waren) zwischen verschiedenen Genossen in Berlin übermittelte. Auch schmuggelte er Bücher seines schon emigierten Vaters in seinem Rucksack von der elterlichen Wohnung in das Haus einer Tante, wo diese vor Entdeckung sicherer schienen.

August Thalheimer ging einen Tag nach dem Reichstagsbrand zusammen mit Heinrich Brandler auf Beschluss der Reichsleitung der KPD-O über Strassburg ins Exil nach Paris. Es war klar, dass auch die Familie nicht in Deutschland bleiben konnte. Es oblag der Mutter, einen halbwegs geordneten Rückzug zu organisieren. Im Sommer 1933 kam Roys Schwester Sita in ein Internat nach Lausanne, und Ruben wurde bei der Familie von Genossen in Norwegen untergebracht. Ein Schiff brachte den Zwölfjährigen im August 1933 von Hamburg nach Oslo. In Norwegen hatte Ruben eine schwere Zeit. Er wurde an verschiedene Familien weitergereicht, erst in Oslo, dann in Trondheim. Anfangs kümmerte sich in Oslo der KPD-O-Genosse Max Berlin (das ist Max Strobl, der 1919 Justizminister in der Münchner Räterepublik gewesen war) um ihn, mit dem er sich ein Zimmer teilte. Während Ruben in Berlin ein guter Schüler gewesen war, ist er in Norwegen »ausgeflippt«. Die Trennung von der Familie und der Zwang, sich in einer völlig fremden Umgebung zurecht finden zu müssen, gingen an dem Jungen nicht spurlos vorüber.

Die Mutter folgte dem Vater, der sich mit Brandler und weiteren Emigranten nicht länger in Strassburg halten konnte, 1934 nach Paris, und 1936 konnten die Eltern auch Ruben und Sita zu sich nach Paris holen. Die Familie wohnte in einer sehr kleinen 2 1/2 Zimmer-Wohnung im Arbeiterviertel Montreuil. Sie teilten die Armut vieler Exilanten. Claire brachte die Familie als Reinmachefrau durch. Ruben arbeitete zeitweilig in einer Spielzeugfabrik. In Paris hat Ruben einige KPD-O-Genossen und andere Emigranten kennengelernt. Er und seine Schwester wurden abgeordnet, Neuankömmlingen oder Besuchern die Sehenswürdigkeiten von Paris zu zeigen. Mit Isi (Isaac) Abusch, einem Kürschner und KPD-O-Genossen im Pariser Exil, hat er Freundschaft geschlossen. Sie haben sich oft getroffen und sind zusammen ins Kino gegangen. In Paris war Ruben der Postbote zwischen Thalheimer und Brandler, der in einem anderen Pariser Stadtteil lebte. Ruben brachte des Vaters Manuskripte zu Brandler und umgekehrt. Ruben und Heinrich Brandler haben sich jede Woche gesehen.

Sein Vater selber hatte kaum Zeit für Ruben. Die einzige Gelegenheit, einmal ein paar Worte mit ihm zu wechseln, gab es bei Sonntagsausflügen. Sonntag war Familientag, der einzige Tag, an dem der Vater Zeit mit seinen Kindern verbrachte. Dann wurde gewandert oder auch gemeinsam gesungen.

Schon nach neun Monaten musste Ruben seine Familie wieder verlassen. Er ging 1937 nach England. Sein Vater hatte ihn gefragt, was er werden wolle, und als Ruben sagte, er wolle Gartenarchitekt werden, hat der Vater eine Stelle für ihn in England gefunden. Er kam zur Ausbildung in einen Gartenbaubetrieb, in dem er jedoch bei schwerster Arbeit und karger Verpflegung fast verhungert wäre. Nach einem Selbstmordversuch haben ihn Quäker dort rausgeholt. Es folgte eine Odyssee über diverse Farmen im Süden Englands. In dieser Zeit bekam Ruben Kontakte zur Kirche der Kongregationalisten, deren Prediger ihn sehr beeindruckten und an deren Gemeindeleben er teilnahm. Während der England-Zeit bestand der einzige Kontakt zu den Eltern aus gelegentlicher brieflicher Korrespondenz.

In England bekam er den Namen Roy. Roys spätere Erklärung dafür: Den Leuten in England war »Ruben« zu fremd, sie sagten: *»Wir nennen Dich Roy«*. Später in Australien hat er dann offiziell diesen Namen angenommen.

Von seinem Arbeitsplatz auf einer Farm wurde Roy im Juni 1940 von der Polizei abgeholt und in Liverpool im »Huyton Alien Internment Camp« interniert. Die britische Regierung stufte nach Kriegsbeginn alle Staatsbürger aus Feindstaaten auf ihrem Gebiet als »enemy aliens« (feindliche Ausländer) ein und steckte alle Personen aus dieser Gruppe in Internierungslager, getrennt nach Männern und Frauen. Das traf deutsche Juden, politische Emigranten, »Unpolitische«, Hitlergegner und Nazis gleichermassen. Betroffen waren rund 30.000 Personen. Roy war einer von ihnen. Einige Tausend wurden 1940 nach Kanada oder Australien verschifft.

Und so kam Roy am 10. Juli 1940 in Liverpool auf die HMT »Dunera«, einen alten Truppentransporter (HMT: Hired Military Transport). Das Schiff war mit rund 2500 Internierten völlig überfüllt. Roy hatte seinen Schlafplatz auf einem Tisch im Speisesaal. An Bord waren deutsche und österreichische Juden, italienische Kriegsgefangene und deutsche Nazis. Auf der »Dunera« wurde Roy wieder mit jüdischer Kultur und Religion konfrontiert, was ihm nach wie vor völlig fremd war. Er konnte mit der Zuschreibung »Jude« für sich nichts anfangen, und er fand die »richtigen« Juden sehr merkwürdig; er hatte keinerlei Beziehung zu ihrer Lebensweise und ihren religiösen Ausdrucksformen. Auf der »Dunera« waren auch etwa zwei Dutzend KPD-Genossen, und Roy war froh, Gleichgesinnte zu treffen. Als er aber seinen Namen »Thalheimer« nannte, war die Reaktion: *»Du bist also der Sohn dieses Verräters Thalheimer, mit Dir wollen wir nichts zu tun haben«*. Für den 19-jährigen Roy muss das wiederum eine schwer verständliche und schwer erträgliche Situation gewesen sein: mit den Juden wollte er nicht, und seine eigenen Genossen wollten ihn nicht.

Auf der »Dunera« wurden die Passagiere von den britischen Wachen sehr schlecht behandelt und beraubt; Roy konnte allerdings seinen Koffer mit deutschen Klassiker-Ausgaben retten. Die »Dunera« kam am 6. September 1940 im Hafen von Sydney an, und die Passagiere wurden per Eisenbahn ins Landesinnere in die Wüste gebracht und zunächst im »Hay Internment Camp« (New South Wales) interniert, später auch im Internierungslager »Tatura« (Victoria).

Im Internierungslager wurde Roy dann doch von den KPD-Genossen aufgenommen. Er kam in eine Baracke zusammen mit KPD'lern und nahm an deren Schulungen in politischer Ökonomie teil. Im Camp dienten die von Roy vor den britischen Wachmannschaften geretteten deutschen Klassikerausgaben als Grundlage für das Einüben der Theaterstücke, die aufgeführt wurden. Im Lager entfaltete sich ein reges kulturelles und politisches Leben, mit Theater und Orchester, Kabarett, Universität und Lagerparlament.

Aus dem Internierungslager heraus bat Roy das Rote Kreuz, seine Eltern aufzufinden und den Kontakt zu ihnen herzustellen. Das gelang tatsächlich. Seine Eltern hatten nach Beginn des Krieges diverse Internierungslager in Frankreich durchlaufen. Im September 1941 war ihnen zusammen mit Heinrich Brandler die Flucht aus Südfrankreich nach Kuba gelungen, seine Schwester Sita hatte inzwischen geheiratet und war mit Schwierigkeiten und Verzögerungen in Mexiko gestrandet.

Roy meldete sich aus dem Internierungslager zur australischen Armee, um Hitlerdeutschland zu bekämpfen. Er kam wie viele andere Internierte zur »8th Employment Company« der australischen Streitkräfte. Er war die meiste Zeit bei Versorgungseinheiten in Melbourne eingesetzt. Roy war kein besonders disziplinierter Soldat. Er handelte sich diverse Disziplinarstrafen ein – 'CB' (confined to barracks – Ausgangssperre). In der Armee erkrankte er schwer an Tuberkulose und verbrachte mehrere Jahre, von 1944 bis

Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948, Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992

460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR

August Thalheimer
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion
1946, Gruppe Arbeiterpolitik

43 Seiten A5 | 1,50 EUR

August Thalheimer
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik

32 Seiten A5 | 1,50 EUR

August Thalheimer, etwa 1940 in Kuba

Weihnachten 1948, in Hospitälern, Krankenhäusern und Lungenheilanstalten. Als er endlich entlassen wurde, waren seine Genossen aus dem »Hay Internment Camp« schon alle nach (Ost-)Deutschland zurück gekehrt. Er selbst entschied sich – ebenso wie etwa 900 weitere »Dunera Boys« – gegen eine Rückkehr und für ein Leben in Australien. Er nahm die australische Staatsbürgerschaft an. Angesichts der schlechten Lebensverhältnisse in Deutschland in der Nachkriegszeit wäre es für ihn lebensgefährlich gewesen, mit Tuberkulose dorthin zurück zu gehen. An den Folgen seiner TB-Erkrankung hatte er den Rest seines Lebens zu leiden.

Nach Kriegsende versuchte Roy unermüdlich, seine Eltern von Kuba nach Australien zu holen, nachdem klar geworden war, dass die US-Besatzungsbehörden des Vaters Rückkehr nach Deutschland blockierten. Doch auch die australische Regierung wollte den gefährlichen Kommunisten August Thalheimer nicht einreisen lassen. Erst nachdem August im September 1948 im Exil in Havanna auf Kuba gestorben war (Roy hat dieses wohl zuerst durch einen Brief seiner Schwester Sita aus Mexiko erfahren, während er in einer Heilanstalt lag), war es Roy möglich, seine Mutter ein Jahr später nach Australien zu holen. Er kaufte ihr ein kleines Haus in der Nähe seines Wohnorts. Dort, in dem Örtchen Wandiligong, lebte sie über vierzig Jahre lang bis zu ihrem Tod am 6. Februar 1990. Sie wurde 98 Jahre alt. Roy hat darunter gelitten, dass seine Mutter in Australien die politische Vergangenheit ihres Mannes lange Zeit völlig verleugnete (sie redete von ihm stets als 'Universitätsprofessor'). Sie wollte von Politik nichts mehr wissen. Erst in ihren letzten Lebensjahren wurde sie wieder offener und zeigte sich bereit, über die politische Rolle ihres Mannes zu reden.

1949 bekam Roy Arbeit bei der Forstverwaltung des australischen Bundesstaats Victoria, für die er dann mehrere Jahrzehnte lang tätig war. Zunächst arbeitete er als Waldarbeiter. Das bedeutete wieder jahrelanges Lagerleben. Die Lager der Waldarbeiter befanden sich tief in den Wäldern, fernab von anderen Ansiedlungen. Mit Glück konnten die Männer am Wochenende in die nächst gelegene Ortschaft, ansonsten beschränkte sich der Kontakt zur Außenwelt auf den Urlaub. Ab 1954 hatte Roy die Position eines Lagerverwalters inne; er war verantwortlich für Lager mit bis zu 100 Arbeitern. Das Lagerleben war hart und entbehrungsreich, Kontakt zum politischen und kulturellen Leben der Mehrheitsgesellschaft kaum möglich.

Erst nach seiner Heirat 1961 bekam er einen Bürojob in der Forstverwaltung in Melbourne. Seine Ehefrau Marlene, geb. Pritchard (die von ihm und allen anderen nur Polly genannt wurde) hatte er als Krankenschwester bei einem seiner Krankenhausaufenthalte kennengelernt. Polly stammte aus einer Familie von deutschen Einwanderern, die bereits vor drei Generationen nach Australien gekommen waren. Viele Verwandte Pollys sprachen untereinander immer noch Deutsch und nur gebrochen Englisch. Vermittelt über seine Frau engagierte sich Roy zusehends in der Presbyterianischen Kirche. Tief beeindruckt von einem presbyterianischen Pastor, der ihn an die Kongregationalisten in England erinnerte, war er zu dieser Kirche gestoßen und hatte sich mit 41 Jahren taufen lassen.

Roys Frau Polly wurde 1974 die erste Pastorin in der Presbyterianischen Kirche in Australien, und damit wurde Roy der erste Ehemann einer Pastorin. In dieser Rolle als männliche 'Frau Pastor' erlangte er gewisse Berühmtheit in australischen Kirchenkreisen. Als sich 1977 Presbyterianer, Methodisten und Kongregationalisten in Australien zur Uniting Church zusammenschlossen, schlossen sich Roy und Polly ebenfalls dieser neuen Kirche an. Auch als Polly die Uniting Church verliess und zur Kirche »Assemblies of God« überging, folgte Roy ihr. Polly wandte sich zusehends einer pentecostal-charismatischen Auslegung des Christentums zu. Die »Assemblies of God« war die einzige Kirche dieser Ausrichtung, in der Frauen das Pfarramt innehaben konnten. Roy war kirchlich engagiert und blieb zugleich skeptisch in einem atheistisch-freidenkerischen Sinne.

Mit Polly lebte Roy zunächst in Melbourne, später in jenen Orten in Victoria, in denen ihre Kirche Polly als Pastorin einsetzte. Zuletzt landeten sie in Sebastian, einem kleinen Ort auf dem platten Lande in Victoria. Für gut zwei Jahrzehnte hatten sie auch ein Ferienhaus am Meer in Point Lonsdale, in der Nähe von Melbourne.

Während seiner Zeit bei der Forstverwaltung in Melbourne bildete sich Roy in Abendkursen am RMIT (Royal Melbourne Institute of Technology, eine Technische Universität) fort, und 1974 wechselte er von der Forstverwaltung auf einen Posten in der Staatsdruckerei des Bundesstaats Victoria, ebenfalls in Melbourne.

Nach seiner Pensionierung im Jahre 1981 widmete sich Roy voll und ganz seiner Liebe zu alten Büchern und Antiquitäten. Diese Liebe zu Büchern und schönen Dingen geht zweifellos auf sein Elternhaus zurück. Er machte einen Buch- und Antiquitätenhandel auf, hatte Bücherstände auf dem Campus verschiedener Universitäten in Melbourne und belieferte die Deakin Universität (Melbourne und Geelong) von 1986 bis 2002 mit seltenen Büchern. Er spezialisierte sich auf Titel aus dem Bereich der Religionswissenschaften. In dieser Zeit konnte Roy endlich in das geistige und kulturelle Leben eintauchen, dass ihm durch Exil und Leben in den Wäldern so lange verschlossen geblieben war.

Seine Frau Polly starb nach langem Krebsleiden im Jahre 1991. Der Tod seiner Frau war für Roy ein schwerer Schlag. Seither lebte er allein in Sebastian. Er war hoch angesehen bei seinen Nachbarn, Freunden und in seiner Kirchengemeinde. Sie sorgten dafür, dass er auch in hohem Alter noch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen konnte, und dass er weiterhin in seinem eigenen Haus leben konnte. Auch hielt er regelmäßigen Kontakt zu seinen Verwandten mütterlicherseits in den USA, hin und wieder bekam er Besuch von dort.

Roy war in seinen Kreisen bekannt als großzügiger Förderer vielfältiger sozialer und kultureller Aktivitäten. In seiner Gemeinde in Sebastian und darüber hinaus wurde er als Philanthrop und engagierter Bürger geschätzt.

Freundeskreis von Roy Thalheimer beim australischen Militär, er erhielt dieses Foto während seines Aufenthaltes im Krankenhaus, etwa 1947

Politisch wurde Roy in Australien nicht aktiv. Zunächst wurde das durch Militärdienst, lange Krankheit und das Lagerleben in den Wäldern behindert, und später wandte er sich mehr dem Engagement im Rahmen der Kirche zu. Sowohl Teile der Presbyterian Church als auch später die Uniting Church galten in Australien als fortschrittlich, sie engagierten sich stark in sozialen Fragen und für soziale Gerechtigkeit. Als junger Erwachsener machte Roy eine zeitlang mit in der Eureka Youth League, der Jugendorganisation der australischen Kommunistischen Partei, und in einer linken Theatergruppe, die bei Gewerkschaftsveranstaltungen auftrat. Zeit seines Lebens hielt er mehr oder minder lose Kontakte zu einzelnen Genossen und Genossinnen aus der Kommunistischen Partei Australiens und diskutierte mit diesen und anderen Freunden über das aktuelle politische Geschehen in Australien und der Welt. Er war ohne Zweifel ein Linker, dabei ein unabhängiger und kritischer Geist wie sein Vater, ein Querdenker, der eher »gegen den Strom« als mit den Fischen schwamm. Seine Haltung zur auf die »Dunera« und die »Dunera-Boys« bezogenen australischen Erinnerungspolitik ist beispielhaft hierfür: die »Dunera« und die mit ihr in Australien Eingetroffenen sind fester Bestandteil der australischen Erinnerungskultur. Immer wieder gibt es Bücher, Dokumentarfilme, Ausstellungen usw. zum Thema, in Hay gibt es ein Museum, es existiert ein Verein der Ehemaligen, der einen Rundbrief herausgibt und seit 1960 regelmäßig Erinnerungsveranstaltungen organisiert, und auch Roy wurde mehrfach als »Dunera-Boy« interviewt. Er kritisierte daran, dass bei der Erinnerung immer nur die jüdische Dimension herausgestellt wird und dass sie sich auf die Intellektuellen, Künstler und Akademiker konzentriert (die später oft Karriere in Australien machten). Die große Masse der Leute auf der »Dunera« und in den Internierungslagern waren aber »einfache Leute«, zu denen er sich zählte. Die kommen in der Erinnerung der bürgerlichen Presse Australiens nicht vor, ebenso wenig wie jene, die sich nicht als Juden verstehen (wie er selber).

Seine deutliche Kritik des US-Imperialismus, der israelischen Regierungspolitik gegenüber den Palästinensern, der Ausbeutung der Völker der Dritten Welt, des in Australien grassierenden Rassismus gegenüber den Aborigines und Einwanderern aus Asien und Afrika, der Halbherzigkeiten der australischen Labor Party und Gewerkschaften, sein Eintreten für die Ausgebeuteten und Entrechteten, für Minderheiten und Verfolgte – das alles weist ihn als einen Linken aus. Als solcher war er in seinen letzten Lebensjahren in Sebastian und in seiner 'unpolitischen' oder eher konservativen Kirchengemeinde isoliert. Umso mehr schätzte er die brieflichen und telefonischen Kontakte mit Bekannten und Freunden in Australien und Übersee, mit denen er sich über politische Fragen und sein bewegtes Leben austauschen konnte. Das Spannungsverhältnis zwischen den »zwei Seelen« in seiner Brust, der christlich-kirchlichen und der freidenkerisch-atheistischen, war dabei für ihn bis zuletzt ein wichtiges Thema.

Roy hat Deutschland noch einmal besucht. Das war vor 28 Jahren, im Jahre 1984. Roy und seine Frau Polly nahmen damals als Ehrengäste an der Festveranstaltung anlässlich von August Thalheimers 100. Geburtstag am 18. März 1984 in Obersulm (Baden-Württemberg) teil. Roy war sehr beeindruckt von der Veranstaltung und davon, wie rührend die Organisatoren und die Gemeinde Obersulm sich um ihn und seine Frau gekümmert hatten. Doch Deutschland und die Deutschen generell gefielen ihm nicht so sehr. Zu dieser Zeit war er völlig in Australien heimisch geworden. Eine Rückkehr nach Deutschland hat er nie in Betracht gezogen. Allerdings hat er bis zum Lebensende Kontakte zu einigen deutschen Freunden und Bekannten, auch von der Gruppe Arbeiterpolitik, gehalten, um politische Fragen anzuschneiden.

Angesichts seiner stets auf Unabhängigkeit bedachten Persönlichkeit ist es erfreulich, dass Roy bis wenige Tage vor seinem Tod im eigenen Haus wohnen bleiben konnte. Noch im hohen Alter verfügte er über einen mitunter bissigen Humor und scharfen Verstand. Seine manchmal verblüffende Ehrlichkeit, seine Unbestechlichkeit und seine Fähigkeit, differenziert über seine vielfältigen Lebenserfahrungen zu erzählen, machten Roy Thalheimer zum faszinierenden Gesprächspartner. Gleichzeitig strahlte er große Wärme aus und pflegte aktiv Freundschaften.

Die Trauerfeier für Roy Thalheimer fand am 13. Februar 2012 in Eaglehawk/Bendigo in Victoria statt, es waren rund 50 Freundinnen und Freunde aus seinem engeren Bekanntenkreis in Victoria zugegen.

V. B. Australien, Brisbane, Februar 2012 ■